Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1924

81 (26.3.1924) 1. und 2. Blatt

Visual Library

Badischer Beobachter

Bezugspreis: monatlich durch Träger Mk. 2,30 (bei der Abholstelle in Karlsruhe Mk. 2,20), wöchentliche Einzelnummer 10 Pfg. Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsschluß erfolgen. Anzeigengrundpreis: 1spaltig, 1 mm hoch, 8 Pfg. im Reklameteil 25 Pfg. Kleine und Familienanzeigen 5 Pfg. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, der bei zwangsweiser Beitreibung und bei Konkurs wegfällt.

Erscheint einmal täglich auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen: „Blätter für den Familientisch", „Frauenrundschau" und „Sterne und Blumen". In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Schluß der Anzeigen-Annahme: nachmittags 1/26 Uhr. — Drahtadresse: Beobachter. — Postscheckkonto: Amt Karlsruhe 4844. Fernsprecher: Geschäftsstelle 535. Redaktion: 572.

Verlegerin und Herausgeberin: Aktiengesellschaft Badenia (Wilhelm Jobner Direktor). Rotationsdruck der Badenia Akt.-Ges. Karlsruhe, Adlerstraße 42. Hauptschriftleiter: J. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: Th. Meyer; für den Nachrichtendienst, den unterhaltenden und übrigen Teil Dr. H. A. Berger; für die Anzeigen und Reklame Josef Ellenbast, sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Johannes Hoffmann, Berlin N. W. 7, Luisenstraße 31a

62. Jahrgang — Karlsruhe, Mittwoch, den 26. März 1924 — 1. Blatt Nr. 81

Was sie wollen.

Der alte Wahlstratege Obkircher pflegte oft zu sagen, über Taktik spricht man nicht, die macht man. Graf Westarp, der deutschnationale Führer, ist klüger; er bespricht die deutschnationalen Absichten in der Kreuzzeitung vom 22. März mit robuster Offenheit. Da es auch für unsere Leser von hohem Interesse ist, diese Pläne und Absichten kennen zu lernen, so wollen wir sie im Wesentlichen wiedergeben.

„Das in erster Linie zu erreichende Ziel ist, die Linke soweit zusammenzuhauen, daß sie auch mit dem Zentrum zusammen nicht mehr für eine Regierungsbildung ausreicht. Nur wenn das erreicht wird, werden wir gegen eine Politik Wirth gefeit sein."

Zu dem Zweck verspricht der Graf den Sozialdemokraten von den 170 Sitzen noch 80. Die Hälfte des Verlustes, also 40—50 weist er den Kommunisten zu. Daß die Sozialdemokraten Verluste erleiden werden, darüber sind sie sich selber klar. Ob der Rückschlag diesen Umfang aufweist, ist schwer zu sagen, genau so schwer wie das andere, ob 25 Proz. daheimbleiben oder zu anderen, nicht marxistischen Parteien übergehen. Den Demokraten prophezeit Graf Westarp einen Rückgang von 39 auf 20 Sitze. Damit hätte dieser Teil des Reichstages (Kommunisten 60, Sozialdemokraten 80, Demokraten 20) 160 Sitze insgesamt. 230—240 Mandate werden aber zur Mehrheit gehören. Damit wäre eine absolut linksgerichtete Mehrheit unmöglich.

Wenn er also käme, dann „blieben für die 2 Parteien vom Zentrum an rechts 300 Abgeordnete übrig". Jetzt kommt aber auch als zweite Frage: „Was geschehen müßte, um die große Koalition von Stresemann bis Hilferding und Crispien, aber unter Ausschluß der Kommunisten, unmöglich zu machen." Westarp rechnet also: „Stellt man die Bayern und Wilden wie bisher mit 25—30 ein, nimmt man wie oben an, daß die Sozialdemokraten mit 80 und die Demokraten mit 20 Mitgliedern anrücken, so dürften, wenn die große Koalition unmöglich sein soll, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei zusammen die Zahl von 100 nicht überschreiten. **Das Zentrum würde also von jetzt 68 auf 50 bis 60, die Volkspartei von jetzt 66 auf 40 bis 50 vermindert werden müssen".** — — —!

Graf Westarp möchte also auf dem Wege die führende Stellung seiner Partei erstreben. Die Ostelbier und ihre Freunde möchten so wieder in den Sattel! Das ist die andere Seite der Sache, die man züchtig verschweigt. Der Schwächungsabsicht gegenüber dem Zentrum kam der Kulturkampfwind, der aus der rechtsradikalen Wetterecke pfeift, sehr ungelegen; das sieht man aus jeder Zeile, die Graf Westarp dem geliebten Plänchen widmet. Er schilt, wenn wir uns gegen den Kulturkampfwind wehren und schützen, wir würden „gutgläubiges und christliches, konfessionelles Empfinden zu Parteizwecken mißbrauchen und den konfessionellen Hader auf die Spitze treiben". Da hört nun doch die Weltgeschichte auf! Wenn man auf dem Berliner Rathaus aus der Partei des Grafen Westarp von **„katholischen Strolchen"** spricht, dann besteht gar keine Unklarheit mehr, wer gemeint ist und wo man „den konfessionellen Hader auf die Spitze treibt". Wenn der angebetete Ludendorff eine Hetzrede gegen den hl. Vater, den Kardinal Faulhaber, den hohen Klerus hält, dann steht ebenfalls fest, wer gemeint ist und wer den Hader auf die Spitze treibt! An diesen Dingen helfen auch katholische Spitzenkandidaten nicht vorbei. Das katholische Volk weiß, was es am 4. Mai zu antworten hat. Das Echo in den Versammlungen sind ein deutliches Zeichen von der Volksstimmung. **„Ein starkes Zentrum!"** Das ist und bleibt das Ziel des katholischen Volkes.

Was der deutschnationale Graf der Deutschen Volkspartei an Liebenswürdigkeiten widmet, interessiert uns hier weiter nicht. Wir möchten nur darauf hinweisen; vielleicht lesen es die führenden Herren in Baden einmal, ehe sie wieder zum Techtelmächtel mit den Deutschnationalen sich im Landbundfraktionszimmer zusammensetzen.

Nun muß Herr Graf Westarp doch noch etwas Wasser in seinen perlenden Wahlwein gießen. Da ist „die völkische Freiheitspartei". Sie „beabsichtigt nicht, sich an Koalitionen zur Bildung einer sozialistenfreien Regierung zu beteiligen". Also diese verweigere dem Kommando Westarp heute schon den Gehorsam. Dazu kommen auf der Seite des Rechtsradikalismus noch „weitere Splitterparteien. Wieviel sie holen an Sitzen, wie sie marschieren, wer mag die beiden Fragen beantworten? „So würden mindestens 110 Deutschnationale nötig sein, um die Mehrheit für eine Regierung ohne Demokraten und ohne Freiheitspartei möglich zu machen." So meint etwas kleinlaut Graf Westarp. Die vielen rechtsradikalen Splitterparteien dürften jedoch den deutschnationalen Gönnern schon einigen Abtrag tun! Ob es zu den 110 langt?

Nun begreift man, daß unter solchen Verhältnissen Herr Graf Westarp den Rechtsradikalen auf den Pelz rücken und vor den Wählern sie zu Bekenntnissen und Geständnissen zwingen will. „Auch ihr Verhältnis zu den Kommunisten müsse vor den Wählern geklärt werden." Der Satz spricht Bände. Der deutschnationale Führer begründet ihn also: „Die Aeußerungen des Abgeordneten von Gräfe im Reichstag, nur bei den Kommunisten gäbe es wie bei den völkischen Sonderparteien Idealisten, konnte nur verwirrend wirken." Der Feind steht doch wohl rechts! Graf Westarp will ihn entweder einfangen oder ihn nur „zu einer nicht mehr gefährlichen Zahl von Sitzen gelangen" lassen.

Aus all dem sieht man, nicht bloß in Karlsruhe ist es für die Deutschnationalen „zum Heulen", auch Graf Westarp hat seine Sorgen! Soweit das katholische Volk in Frage kommt, soll dafür gesorgt werden, daß sie nicht kleiner werden; handelten wir anders, behielte Jentsch Recht: „Wir wären Narren!" Das wollen wir weder sein noch werden!

Daß übrigens Graf Westarp Grund zu seinen deutschvölkischen Sorgen hat, das zeigt ein Vorgang im mecklenburgischen Landtag: dort stimmten die Deutschvölkischen bei einem kommunistischen Antrag auf Haftentlassung kommunistischer Abgeordneten mit der Linken und halfen so dem Antrag zum Siege. Darüber ist die Mecklenburgische Ztg. wild und meint, diese „„Rechtsmehrheit sei kein Pfifferling wert". Wir haben gleich nach den Wahlen in Thüringen und Mecklenburg davor gewarnt, die Siegeshymnen der Deutschnationalen als begründet anzusehen. Der Rechtsradikalismus wird den Deutschnationalen noch manche Enttäuschung bereiten. Sie können mit dem Dichter sagen: Die Geister, die ich rief, werd ich nimmer los!

(*)

Die Reparations- und Sicherheitsfrage.

St. Aulaire bei Macdonald.

Die demokratischen Spitzenkandidaten.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. März. Der Parteivorstand der demokratischen Partei hat sich auf seiner heutigen Tagung in Berlin mit der Ausarbeitung des Wahlprogramms beschäftigt und die Spitzenkandidaten für die Reichstagswahlliste aufgestellt. Die Liste enthält die Namen: Reichsminister a. D. Koch, Frau Dr. Gertrud Bäumer, Dr. Fischer, Cöln, Reichswehrminister Geßler und Dr. Ludwig Haas.

Die Reichspost ohne Defizit.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. März. Reichspostminister Dr. Höfle gab einem Redaktionsmitglied der Vossischen Zeitung eine ausführliche Darstellung der augenblicklichen Lage der Reichspost. Nach den Ausführungen Dr. Höfles hat sich die Post jetzt soweit erholt, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen mit einem Defizit nicht mehr zu rechnen ist, man kann sogar wieder an der Aufbau denken, vor allem auf dem Gebiete der Kabellegung, der Automatisierung des Telephonbetriebes und des Kraftwagenwesens.

Rückgang des Zuschußbedarfs des Reichs.

Berlin, 25. März. Die Uebersicht über die Geldbewegung der Reichshauptkasse in der Zeit vom 11. bis 20. März 1924 verzeichnet die Ablieferungen mit rund 197,6 die Auszahlungen mit rund 134,3, mithin einen Ueberschuß von 63,3 Trillionen Papiermark, gegenüber dem Zuschußbedarf von 11,9 Trillionen in der ersten Märzdekade. Seit 16. November 1923 ist daher der gesamte Zuschußbedarf des Reichs von 779,4 auf 716,1 Trillionen zurückgegangen. An Steuerzahlungen usw. sind ca. 50 Millionen Goldmark eingegangen. Die Ausgaben für die allgemeine Reichsverwaltung haben sich um 8 Millionen Goldmark verringert. Das gesamte Aufkommen von Steuern und Zöllen im Februar belief sich auf rund 418 Millionen Goldmar kgegen nur 313 Millionen im Januar.

Um die nationalliberale Vereinigung.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 26. März. Die nationalliberale Vereinigung wird morgen vormittag im Reichstag eine Versammlung abhalten, die für das weitere Schicksal der deutschen Volkspartei vermutlich nicht ohne Bedeutung ist. Wie es heißt, sind die Einladungen zu der Versammlung vertraulich ergangen und sollen sich im Wesentlichen auf die Kreise erstrecken, die bereits bei der Gründung der nationalliberalen Vereinigung mitgewirkt haben.

Deutschlands Jahreszahlungen.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 26. März. Der Pariser Vertreter der Vossischen Zeitung will von zuverlässiger Seite erfahren haben, daß zwischen den französischen, englischen, italienischen und belgischen Sachverständigen eine vollständige Einigung über die Jahreszahlungen zustande gekommen sei, die Deutschland während des Moratoriums und in den ersten Jahren darnach leisten soll. Die englischen Sachverständigen hätten nach der Rückkehr aus London ihre endgültige Zustimmung zu den in Aussicht genommenen Zahlungsplänen erklärt. In Pariser politischen Kreisen betont man, man sei sich darüber einig, daß ein neues Diktat keinesfalls in Frage kommen soll, da die endgültige Regelung der Reparationsfrage nur bei gütlicher Verständigung mit Deutschland denkbar ist.

Die Dardanellen wieder befestigt.

Athen, 25. März. Aus Konstantinopel wird berichtet, daß die Türken als Sicherung gegen einen eventuellen Angriff von griechischer Seite sehr starke militärische Rüstungen vornehmen. Die Forts an den Dardanellen sind wesentlich verstärkt und starke Artilleriekräfte dortselbst konzentriert worden. Auch das unterirdische Verteidigungssystem und die Laufgräben, die deutsches Militär dort im Kriege angelegt hatte, sind wieder instand gesetzt worden. Auch in Thrazien entlang der türkischen Grenze sollen Befestigungen durchgeführt werden, da man angeblich in Angora die Befürchtungen hege, Griechenland werde im kommenden Frühjahr eine Revanche für den Zusammenbruch in Smyrna versuchen.

Die rapide Frankensteigerung.

London, 25. März. Daily Telegraph bespricht die rapide Frankensteigerung. Er meint, in Paris werde erzählt, daß einige Politiker beabsichtigen, den Franken auf seine frühere Parität zurückzuführen. Es soll sich dabei um einen Schachzug im Hinblick auf die kommenden Neuwahlen handeln. Dieser Versuch hat weitreichende Folgen, weiterreichend, als man zunächst annimmt und dann: Er bringt eine Desorganisation des äußeren und inneren Handels mit sich.

Vertrauensvotum für die griechische Regierung.

Athen, 25. März. Das Parlament hat der Regierung, die bekanntlich heute vormittag die Republik auszurufen beabsichtigte, mit 259 gegen 3 Stimmen bei 13 Stimmenenthaltungen das Vertrauen ausgesprochen.

Die französisch-englische Besprechung.

Paris, 25. März. Der Londoner französische Botschafter St. Aulaire hat gestern dem englischen Ministerpräsidenten Macdonald den seit einigen Tagen angekündigten Besuch abgestattet. Ueber den Inhalt der Aussprache verlautet von maßgebender französischer Seite, daß sie sich vor allem auf zwei im französischen Gelbbuch enthaltene Anregungen und weiter auf sämtliche Fragen bezog, die Macdonald in seinem letzten Briefwechsel mit Poincare angeschnitten hat.

Am Quai d'Orsay äußert man sich sonst mit großer Zurückhaltung und läßt es im übrigen bei der ausdrücklichen Feststellung bewenden, daß dem Schritt des Londoner französischen Botschafters keine hervorragende Bedeutung zukomme, wie ein Teil der Presse behauptet. Es handele sich vielmehr um einen gewöhnlichen Vorgang. Die Unterredung soll einen allgemeinen Charakter und überhaupt einen herzlichen Verlauf genommen haben. Sie habe ergeben, daß sich die englischen und französischen Auffassungen in einigen Fragen näherten. Es ist zurzeit noch nicht ersichtlich, wieweit die gefundene Formulierung zu gewissen Rückschlüssen auf einen eventuellen Nichterfolg St. Aulaires berechtigt. Es ist jedenfalls bedeutsam, daß die Londoner Korrespondenten der Pariser Abendblätter zu dem Bericht des französischen Botschafters sich ebenfalls einstimmig äußerten.

Die Beurteilung in Paris.

Paris, 25. März. Die gestrige Unterredung zwischen Saint Aulaire und Macdonald wird von der Pariser Morgenpresse als hochwichtiges politisches Ereignis gewertet. Wie Daily Mail und Chicago Tribune versichern, wünscht die französische Regierung eine sofortige Verständigung in der Sicherungsfrage. Hinsichtlich der Ruhr hat der französische Botschafter Macdonald versichert, Frankreich sei bereit, das Ruhrpfand gegen andere gleichwertige Pfänder einzutauschen. Er hat ferner betont, daß die Ruhrbesetzung nur schrittweise nach Maßgabe der deutschen Reparationszahlungen abgebaut werden könnte.

Das Rheinland als Reparationsprovinz.

London, 25. März. Der Berliner Korrespondent der Times meldet, man versuche in Paris, die Bedeutung der gestrigen Unterredung zwischen Macdonald und St. Aulaire nach Möglichkeit zu verkleinern. Man nimmt an, daß Wahlrücksichten Poincare zur Eröffnung der Vereinbarungen bewogen haben. In diesem Zusammenhang ist ein Bericht des rheinischen Korrespondenten der Times von Bedeutung, der darauf aufmerksam macht, daß Frankreich im Begriff steht, die besetzten Gebiete des Rheinlandes zu einer Reparationsprovinz auszubauen. Man habe in den letzten Wochen eine neue Serie von Abkommen mit der Privatindustrie getroffen, welche die abgelaufenen Abmachungen ersetzen sollen.

Die Lage in der Pfalz.

Keine Auflösung der alliierten Unterkommission in der Pfalz.

Aus der Pfalz, 24. März. Der Temps hat dieser Tage aus London gemeldet: Obwohl die Untersuchungskommission ihre Berichte über die Lage in der Pfalz noch nicht abgegeben hat, sind nach einer offiziösen Information über die Lage in der Pfalz beruhigende Nachrichten nach London gelangt. Diese Nachrichten werden in den offiziellen englischen Kreisen freudig aufgenommen werden. Man sieht darin einen bedeutenden Schritt zur Behebung der Schwierigkeiten in der Pfalz. Demgegenüber berichtet der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph: Ich bin in der Lage, festzustellen, daß die alliierte Unterkommission, die unter Führung von Oberst d'Arbonneau zum zweiten Male die Pfalz besucht hat, nicht endgültig aufgelöst wurde, wie in Paris erklärt wurde. Fest steht, daß London dazu eine Zustimmung nicht gegeben hat. Die Lage der Pfalz hat sich zwar gebessert, jedoch nicht derartig, daß weitere Besuche der Unterkommission ausgeschlossen werden.

General de Metz als Aktionär.

Ludwigshafen, 25. März. Wie wir hören, ist einer der Gründer der hier bestehenden Aktiengesellschaft Rheinische Kohlen- und Brikettwerke, des Ablegers eines saarländischen Unternehmens der berüchtigte französische Delegierte für die Pfalz, General de Metz.

*

Neustadt a. d. H., 24. März. Die Rheinische Arbeiterpartei hat in Neustadt eine Ortsgruppe gebildet. Vorsitzender ist ein gewisser Jung früher separatistischer Ortskommandant in Neustadt. — Auch in Maikammer und Edenkoben sollen Ortsgruppen gebildet werden.

Der Vatikan und Italien.

Rom, 25. März. In dem geheimen Konsistorium für die Ernennung der Erzbischöfe von Chicago und Newyork zu Kardinälen sprach der Papst seine Genugtuung über die Ergebenheit der französischen Katholiken aus und erklärte seine Zustimmung zu dem Ergebnis der Verhandlungen über die Diözesenvereinigung. Weiter drückte der Papst sein Bedauern aus über die Lage des Bischofs Tschepliak und anderer russischer Prälaten und forderte zu Wohltätigkeit gegenüber den zahlreichen Waisen und anderen Menschen auf, die in aller Welt die Hilfe des Heiligen Stuhles erflehten. Im Zusammenhang hiermit dankte der Papst besonders den Vereinigten Staaten für ihre charitativen Bestrebungen. Im Hinblik auf Italien äußerte der Papst seine Freude über die Wiederaufnahme des Religionsunterrichts in den Schulen, ferner über die Aufhebung der Gesetze, die die frommen Werke bedrohten und über die Befreiung der Geistlichkeit von der Militärpflicht. Die gewährten Zugeständnisse könnten nur als teilweise Wiederherstellung der Rechte der Kirche betrachtet werden. Schließlich sprach der Papst seine Genugtuung aus über die bevorstehende Feier des heiligen Jahres und über die Eröffnung der Missionsausstellung, wobei er die Hoffnung aussprach, daß die Katholiken der ganzen Welt ihm ihre Unterstützung gewähren würden.

Die Wehrkreiskommandeure in Berlin.

Berlin, 25. März. Heute fand in Berlin im Reichswehrministerium eine Zusammenkunft sämtlicher mitteldeutschen Wehrkreiskommandeure der Reichswehr mit dem Wehrminister und General von Seeckt statt. Es handelte sich dabei in der Hauptsache um Erörterung militärischer Angelegenheiten. Gestern abend ging der heutigen sachlichen Diskussion bereits ein Gesellschaftsabend beim Wehrminister voraus, bei dem u. a. ein Vortrag über die mannigfachen Wohlfahrtsveranstaltungen bei der Reichswehr gehalten wurde. Heute abend begeben sich die Reichswehrkommandeure nach ihren Garnisonen zurück.

Demission der südslawischen Regierung.

Belgrad, 25. März. Pasitsch hat demissioniert. Die Demission wurde angenommen.

Ausrufung der griechischen Republik.

Athen, 25. März. Die Ausrufung der griechischen Republik im Parlament wird am Donnerstag, dem 103. Jahrestag der griechischen Unabhängigkeit, in der Kammersitzung stattfinden. Der Ministerrat, die Abgeordneten und der Republikanische Verband werden sich sodann zur Kathedrale begeben, wo an die Unabhängigkeitserklärung des neuen Griechenland die feierliche Verkündung der Republik sich anschließen wird.

Amerikanische Hilfe für Deutschland.

London, 25. März. Reuter meldet aus Washington: Die amerikanische Regierung hat einen Antrag gebilligt, wonach zum Ankauf von Lebensmitteln füer notleidende Frauen und Kinder in Deutschland ein Betrag von 10 Millionen Dollar ausgegeben wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutschland.

Was gibt Deutschland für Rüstungen aus.

Die französische Propaganda verbreitet die Nachricht, daß Deutschland für Rüstungszwecke mehr ausgebe, als Frankreich, eine geradezu lächerliche Behauptung: Frankreichs Rüstungsausgaben betragen nach dem Haushaltsgesetz etwa 2 Milliarden Goldfranks; das sind nach dem augenblicklichen Stande über 10 Milliarden Franken. Deutschland hat in seinem Etatsvoranschlag für 1924 430 Millionen Mark für Heer und Marine eingesetzt, also etwa ein Fünftel des französischen Aufwandes. Und dabei muß Deutschland das soviel teuerere Freiwilligenheer unterhalten.

—(*)—

Baden.

Der Wahlleiter in Baden.

Ministerialrat Weizel im Ministerium des Innern wurde zum Wahlkreisleiter für den badischen Wahlkreis ernannt und zu seinen Stellvertretern Oberregierungsrat Hecht und Regierungsrat Walz.

Der erste Mai

wird laut Bekanntmachung des Staatsministeriums von jetzt an in Baden nicht mehr als Feiertag begangen werden. Damit kehrt auch Baden zu dem Zustand zurück, der in Deutschland fast überall besteht. Nur in Sachsen und Thüringen besteht bis jetzt noch der 1. Mai als Feiertag. In Baden wurde erbekanntlich nicht durch die Volksvertretung im Landtag eingeführt, sondern durch eine Verordnung des Staatsministeriums bald nach dem Zusammenbruch bezw. nachdem sowohl die Landtagswahlen als die Reichstagswahlen vom Jahre 1919 eine gewaltige sozialistische Flut gebracht hatten. Er hätte nie Aussicht gehabt, eine Mehrheit im Landtag für sich zu erhalten; aber die Gegner des Maifeiertags waren der sehr wohl verständlichen Meinung, daß es besser sei, den Feiertag zu gelegener Zeit auf demselben Weg wieder abzuschaffen, auf dem er eingeführt worden war. Und das ist jetzt geschehen.

Volkstümlich ist der Feiertag nicht geworden; ja man kann sagen, je länger er bestand, desto weniger wurde er gefeiert. Nur in den großen Städten hatte der 1. Mai allgemeinen Feiertagscharakter, sobald man aufs Land kam, merkte man gar nichts oder wenig von ihm. Landwirte und Handwerker dachten nicht im mindesten daran, ihn zu feiern. Und jeder erste Mai brachte den Zeitungen eine Flut von Beschwerden über die Feier des Tags. Man muß auch ehrlich zugeben, daß selbst Sozialisten vielfach gar nicht daran dachten, ihren Feiertag zu begehen. Auch in der sozialistischen Presse wurde darüber geklagt, daß selbst „Genossen" den Feiertag nicht beachteten und zur Arbeit gingen. Die Sozialdemokratie hat auch gar nicht verstanden, der Feier des 1. Mai ein allgemeines Gepräge zu geben; sie feierte ihn als sozialistischen Feiertag und verstärkte dadurch die Abneigung anderer Kreise gegen den 1. Mai. Und dabei wäre es gar nicht so schwer gewesen, ihm den allgemeinen Charakter einer Versöhnungs- und Verständigungsfeier nicht bloß zwischen den Völkern der Erde, sondern auch zwischen den Volksgenossen innerhalb des Reiches und Landes zu geben. Aber die Sozialdemokratie ist Klassenpartei geblieben und wollte ihren Klassenfeiertag haben. Sie konnte sich nicht zu dem Gedanken einer Volksgemeinschaft erheben, die über Klassenunterschiede wegsieht. Daran ist sie freilich nicht allein schuld, wie man gerade jetzt wieder sieht, wo auch die Arbeitgeberschaft sich in erschreckendem Maße unfähig zeigt, den Gedanken der Volksgemeinschaft zu verwirklichen. So mußte freilich der 1. Mai als Feiertag fallen; denn Parteifeiertage erstrecken sich nur auf die Parteiangehörigen, während den religiösen Feiertagen eine gemeinschaftswirkende Kraft zukommt.

Der Volksfreund macht aus diesem Anlaß darauf aufmerksam, daß die Frage der Feier des 1. Mai „eine parteigrundsätzliche" sei und solange die Arbeiterklasse (soweit sie sozialistisch gesinnt ist) die Kraft nicht aufbringe, bei den Wahlen ihren geschlossenen Willen für solche Forderungen aufzubringen, habe sie von den andern Parteien ein Entgegenkommen nicht zu erwarten. Das heißt mit anderen Worten, die Sozialdemokratie ist seit 1919 nicht stärker, sondern schwächer geworden und darum konnte sie ihren Feiertag nicht aufrecht erhalten.

Ein vaterländischer Abend

wurde am Sonntag abend in Ettlingen von der Arbeitsgemeinschaft vaterländischer Verbände abgehalten. Parteipolitik sei ausgeschlossen, obwohl die Veranstaltung in die Zeit der Wahlen falle; man wolle nur der Erinnerung leben; so versicherte einleitend der Vorsitzende, Major a. D. Specht. — Von der Empore des Saales herab grüßten bunte Fahnen: die badische, daneben schwarz-weiß-rot und blauweiß. Eine Bismarckstatue schaute auf die Zuhörer hernieder. Der Redner, Frhr. Schilling von Cannstatt sprach über Bismarck und Wilhelm I. Ein Mosaik wurde geboten in fast ärmlicher Sprache; einzelne Handlungen und Aussprüche Bismarcks wurden mit solchen seiner Nachfolger verglichen. Von Wilhelm I. hörte man nur wenig, nur soviel wurde klar, daß „Wilhelm der Edle" eine sehr schwankende Figur gewesen, die bald hohen Herren oder auch Damen, meistens aber noch im rechten Augenblick seinem Kanzler Bismarck gefügig war. Einzelne Aufstellungen dieses wirklich harmlosen Redners verdienen vielleicht weiteres Interesse. — Sämtliche Nachfolger Bismarcks seien politisch unfähige Männer gewesen, Bülow nicht ausgeschlossen — natürlich auch die späteren bayerischen, schwäbischen und badischen Nachfolger. Man hätte nicht 1914 Krieg anfangen sollen, wo Deutschland in der Umklammerung gewesen sei, sondern 1905 und 1906, als in Rußland die Revolution ausgebrochen sei. — Also läge denn doch die erste Schuld für unsere Niederlage bei den damaligen Politikern! Der Kaiser hätte bleiben müssen, die unbesiegte Frontarmee hätte in kurzem Stoß die Drückeberger der Heimat niedergeschlagen. Der eigentliche Totengräber des Reiches sei Bethmann; er habe das Vertrauen des Auslandes besessen und der deutschen Sozialdemokratie. Es mutet sonderbar an, daß Redner ausführlich nur über die Niederwerfung Oesterreichs Rach und damit Bismarcks Größe begründet. So nur wird es verständlich, wenn Frhr. v. Schilling den Diktator für unsere Tage wünschte, der allerdings auch Politiker sein müsse und den Weg ebnen soll einem Kaiser, wie Wilhelm I. einer war. Dieses „Preußen-Deutschland" müsse man vorbereiten, aber abwarten. Es war sicherlich keine große politische Rede, immerhin wies sie ein politisches Ziel: Preußen-Deutschland! — Die ausgezeichnete Kapelle Rudolph-Karlsruhe spielte alte und neuere Märsche in Masse, die große Trommel funktionierte vorzüglich dabei, Soldatenlieder hörte man und am Ende eines Potpourris sang die Versammlung stehend die Wacht am Rhein. Das niederländische Dankgebet schloß die Feier ab.

Gegen Kulturkampfgelüste in der Presse.

Buchen, 24. März. Heute fand im alten Rathaussaal in Buchen eine äußerst stark besuchte Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei des Bezirks Buchen statt, bei der Herr Geh. Finanzrat Dr. Schmitt einen lehrreichen Vortrag über die kommenden Reichstagswahlen hielt, der sicherlich großen Nutzen bringen dürfte. Die katholikenfeindliche Politik des Odenwälders, Organ der Deutschnationalen und des Landbundes wurde scharf verurteilt und folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Mit tiefster Entrüstung nimmt die Versammlung der Vertrauensmänner der Zentrumspartei vom Amtsbezirk Buchen Stellung gegen die beispiellosen Verunglimpfungen des hochw. Herrn Pfarrers Dietrich, Altheim, durch den derzeitigen Schriftleiter des Odenwälders, Herrn Hans Eschwig. In pharisäerhafter Selbstgerechtigkeit hat dieser gewagt, einen ehrenhaften Mann, einen würdigen Priester mit Schmutz zu bewerfen. Wir erblicken auch in dieser neuesten Leistung des Odenwälders ein Zeichen jener Kulturkampfstimmung in den Reihen der Deutschnationalen, die gerade in den letzten Tagen unglaubliches in der Beleidigung des katholischen Volkes geleistet hat. Wir halten es mit der Ehre eines katholischen Mannes für unvereinbar, daß er einem derartigen Organ und einer derartigen Partei noch Gefolgschaft leistet.

Die Vertrauensmänner der Zentrumspartei des Amtsbezirks Buchen.

—(*)—

Chronik.

Baden.

Mannheim, 25. März.

* (Radfahrunfall.) Auf der Breitenstraße wurde ein 12jähriger Schüler von einem 25jährigen Radfahrer überfahren; der Knabe erlitt einen doppelten Schädelbruch. — (Großfeuer.) In Ludwigshafen-Rheingönnheim ist die Strohmannfabrik Frey durch Großfeuer vollständig zerstört worden. Weiter wurden Teile der Faserstoffwerke von Th. Landauer ebenfalls durch Großfeuer zerstört. Der Schaden ist bei beiden Bränden sehr hoch; die Entstehungsursache ist unbekannt.

(Aufklärung der Verschleppungsgeschichte.) Zu der Verschleppung der beiden Angestellten der Süddeutschen Bauaktiengesellschaft Feld u. Francke, Baubüro in Heidelberg wird berichtet, daß die beiden Angestellten bei ihrem Verhör auf der französischen Kriminalpolizei in Ludwigshafen schwer bedroht worden sind. Trotzdem der deutschen Kriminalpolizei in Mannheim von den Franzosen die ausdrückliche Zusage gegeben worden war, daß die beiden Angestellten nach ihrem Verhör in Ludwigshafen sofort wieder nach Mannheim zurückgebracht würden, wurden sie von den Franzosen zwei Tage in Haft behalten und durch Beschimpfungen wurde versucht, von ihnen ein falsches Geständnis zu erpressen. Die beiden Angestellten sind nun aus der deutschen Untersuchungshaft entlassen worden und sie erklären bestimmt, daß einer der angeblichen zwei französischen Kriminalbeamten (die Verhaftung erfolgte von vier angeblichen französischen und deutschen Kriminalbeamten in der Nähe des besetzten Mannheimer Schlosses, worauf den beiden Angestellten ein kurz vorher bei einer Bank abgehobener Geldbetrag von 13 000 Goldmark abgenommen wurde) bevor er mit seinen drei Helfershelfern die beiden Angestellten in das Schloß brachte, in die französische Schloßwache hineingegangen und in den Zimmern der französischen Offiziere aus- und eingegangen ist. Die vier angeblichen Kriminalbeamten weigerten sich, irgend welche Ausweise vorzuzeigen. Nach allem, was die deutsche Untersuchung bisher ergeben hat, ist klar, daß die Täter mit der französischen Besatzung im Schloß in irgend einer Beziehung stehen.

(Große Unsicherheit.) Da die Unsicherheit in den besetzten Mannheimer Hafengebieten ständig zunimmt und die Diebe bandenweise auftreten und die großen Lager der Hafenfirmen ausplündern, so ist die Mannheimer Polizeidirektion mit der französischen Besatzungsbehörde in Verhandlungen getreten, um das Hafengebiet wieder unter den Schutz der deutschen Polizei zu stellen. Die französische Besatzungsbehörde hat diesem Ersuchen aber bisher nicht stattgegeben.

Aus dem Ausland.

London, 25. März. Auf der Themse hat sich gestern zwischen einem englischen und einem amerikanischen Dampfer ein Zusammenstoß ereignet, wobei es 8 Tote und einige Verletzte gab.

—(*)—

Karlsruhe.

Herr Bürgermeister Sauer schickt uns folgende Erklärung:

„In den letzten Tagen haben sich die Karlsruher Zeitungen mit meinem Schreiben an den Herrn Oberbürgermeister wegen Regelung meiner Gehaltsbezüge beschäftigt. Um die Beweggründe meines Vorgehens der Oeffentlichkeit mitzuteilen, sehe ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt:

Mein Vorgehen ist als ungewöhnlich bezeichnet worden; zum Teil mit Recht. Beamte, Angestellte und Arbeiter lassen in der Regel ihre Wünsche durch ihre Organisationen vorbringen und vertreten. Die Bürgermeister in Baden haben eine solche Standesorganisation nicht. Bestrebungen, eine Organisation der Bürgermeister ins Leben zu rufen, bin ich bisher immer entgegengetreten. Ich habe mich dabei von der Auffassung leiten lassen, daß die Gehaltsverhältnisse der Bürgermeister durch gegenseitige Verständigung mit den städt. Kollegien zu regeln sind. Gelingt eine solche friedliche Verständigung nicht, so kann meiner Auffassung nach auch keine Organisation helfen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, dürfte mein Vorgehen doch nicht so außergewöhnlich sein, denn auch der Bürgermeister hat nach meiner Meinung das unbestreitbare Recht, genau wie jeder Beamte und Arbeiter Anträge und Wünsche äußern zu dürfen.

Zur Sache selbst ist zu bemerken, daß bei Oberbürgermeistern und Bürgermeistern in Baden bis zum April 1920 die Gehälter durch besondere Dienstverträge geregelt waren. Bei Einführung der Reichsbesoldungsordnung im Jahre 1920 wurden die Gehälter der Oberbürgermeister und Bürgermeister der Reichsbesoldungsordnung angepaßt. Diese Regelung hat die Gehälter gegenüber dem früheren Zustand wesentlich herabgedrückt und konnte nicht befriedigen. Bei Umstellung der Papiermarkgehälter auf Goldmark hat sich herausgestellt, daß Oberbürgermeister und Bürgermeister in Baden zum Teil nur noch etwa 50 Prozent und weniger desjenigen Gehaltes bezogen, der im Frieden üblich war. Infolgedessen hat sich in einem Teil der bad. Städte das Bedürfnis bemerkbar gemacht, an eine Neuregelung der Gehälter heranzutreten. Wenn ich nun für mich allein vorgegangen bin, so findet dies seine Ursache in meiner grundsätzlichen Auffassung, daß die Gehälter der Bürgermeister nicht nach einem Schema eines Tarifvertrages zu regeln sind, sondern von Fall zu Fall nach den jeweiligen örtlichen Verhältnissen. Maßgebend für die Höhe der Gehälter muß die Dienstleistung und persönliche Wertschätzung sein. Für mein Vorgehen waren überdies noch meine dienstliche Tätigkeit als Personalrespizient und die besonderen Verhältnisse in Karlsruhe bestimmend. Auch hier hat die durch die Reichsbesoldung getroffene Regelung zu keiner Zeit Befriedigung gebracht, sowohl bei dem Oberbürgermeister und den Bürgermeistern als auch beim Stadtrat und Bürgerausschuß. Es ist deshalb im Laufe der letzten 4 Jahre wiederholt die Frage einer anderweitigen Regelung erörtert worden ohne indes zu einer endgültigen beiderseitig befriedigenden Regelung zu kommen. Neuerdings ist auch die Frage des Abbaues des Bürgermeisteramts hinzugekommen. Ausgehend von der Auffassung, daß es im Interesse einer gedeihlichen Gemeindearbit nur erwünscht sein kann, wenn diese Frage alsbald geregelt werde, habe ich mich entschlossen, meinen Antrag zu stellen.

Ausdrücklich möchte ich feststellen, daß ich keine Forderung an den Stadtrat gestellt, sondern nur die Bitte ausgesprochen habe, eine Neuregelung meines Gehalts vorzunehmen. Im übrigen habe ich Vorschläge gemacht, die zur Grundlage der Beratung dienen sollen. Ich habe den Wunsch geäußert, daß als Grundlage ein Anfangsgehalt von 12 000 Mk. jährlich vorgesehen werden sollte. Inwieweit dies möglich ist, muß der Prüfung des Stadtrats vorbehalten bleiben.

Sauer, 1. Bürgermeister.

Was Herr Bürgermeister Sauer erklärt, ist ja richtig, aber an dem Urteil über sein ganz unglückliches Schreiben in der weitesten Oeffentlichkeit wird das alles wenig ändern.

Kathol. Presseverein. Am 19. März l. J. hielt der Kath. Pressevereln Karlsruhe im Hotel „Hohenzollern" seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Amtmann Kühn, begrüßte die Erschienenen und gab einen kurzen Ueberblick über das abgelaufene Vereinsjahr. Aus dem von Herrn Steuerinspektor Zind erstatteten Tätigkeitsbericht war folgendes zu entnehmen: Der Verein hatte im abgelaufenen Jahre eine Zunahme von 56 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl beträgt heute 266. Zur Zeit werden in 52 Fällen auf Kosten des Vereins der Bad. Beobachter und das Kathol. Gemeindeblatt an Bedürftige kostenlos zugestellt. Eine Anzahl Mitglieder hat sich auch bereit erklärt, fortlaufend Freiexemplare zu stiften. Für die Seelenruhe der verstorbenen Mitglieder wurde am 16. Dezember v. J. in der Vinzentiuskapelle ein Trauergottesdienst abgehalten. Durch verschiedene Musik- und Liederabende 2c. wurde auch dem gesellschaftlichen Teile Rechnung getragen. Herrn Lehrer Baumann gebührt besonderer Dank. Die im letzten Vierteljahr erfolgte starke Zunahme der Abonnentenzahl des Bad. Beob. ist nicht zuletzt auf die Tätigkeit des Kathol. Pressevereins zurückzuführen. — Aus dem von Herrn Lehramtspraktikant Klinger erstatteten Kassenbericht war erfreulicher Weise zu entnehmen, daß die Kassenverhältnisse recht gute sind. — Der geschäftsführende Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. — Ueber die Frage, welche weitere Schritte für die Verbreitung der katholischen Presse beschritten werden sollten, entspann sich eine lebhafte Aussprache. Gegen 11 Uhr konnte der 1. Vorsitzende, Herr Amtmann Kühn, die harmonisch verlaufene Versammlung mit Worten des Dankes an alle Mitarbeiter und mit dem Wunsche, daß unsere Arbeit für die gute Sache weiterhin von Erfolg gekrönt sein möge, schließen.

Kommerzienrat Richard Gsell hat sein Amt als Vorsitzender der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden niedergelegt. Kommerzienrat Gsell wurde schon im jugendlichen Alter von 33 Jahren im Jahre 1886 in die Handelskammer gewählt. Im Oktober wurde er stellvertretender Vorsitzender und kurz nach der Revolution erster Vorsitzender. In stürmisch bewegter Zeit hat Kommerzienrat Gsell durch sein vermittelndes Wesen oftmals in schwieriger Lage einen Ausweg gefunden, der den Wünschen der Beteiligten gerecht wurde. Auch außerhalb der Kammer hat sich Kommerzienrat Gsell durch Uebernahme ehrenamtlicher Stellungen um die Interessen von Handel und Industrie verdient gemacht. So war er Handelsrichter, gehörte dem Schatzungsrat an, war Mitglied des Eisenbahnrates und stellvertretendes Mitglied im Reichseisenbahnrat, wie er überhaupt den Verkehrsfragen stets besonderes Interesse entgegengebracht hat. Die Vollversammlung der Handelskammer hat Herrn Kommerzienrat Gsell in Anerkennung seiner Verdienste um die Handelskammer zu ihrem Ehrenpräsidenten ernannt. Mögen dem ausscheidenden, verdienstvollen Kammerpräsidenten nach seiner langen Tätigkeit noch manche Jahre voller Gesundheit beschieden sein!

Kathol. Männerverein der Oststadt. Am Abend des Josefstag fand im Nebenzimmer der „Krone" bei zahlreicher Beteiligung die erste Monatsversammlung im neuen Vereinsjahr statt. Als Redner war der H. H. Stadtpfarrer Dr. Kieser gewonnen. In einem halbstündigem, besonders für die heutigen Zeitverhältnisse sehr lehrreichem Vortrag schilderte der Pfarrherr von St. Bernhard das Leben und Wirken des großen Kirchenfürsten Frhrn. Wilhelm Emanuel v. Ketteler. Der Redner zeichnete Ketteler vor allem als den großen bahnbrechenden Sozialpolitiker, der auch heute noch unverminderte Geltung besitzt. Nach Absingen einiger Lieder konnte der 1. Vorsitzende des Vereins mit herzlichem Dank an den hervorragenden Redner des Abends die harmonisch verlaufene Versammlung schließen.

Zum Nachfolger von Prälat Schmitthenner, der vor etwa zwei Monaten sein Amt niedergelgt hat, ist, wie verlautet, Stadtpfarrer Warth in Bretten, der Führer der positiven Partei in Baden und Mitglied der Kirchenregierung, ernannt worden.

Die Militärversorgungsgebühren werden künftig an den besonders vorgesehenen Zahltagen (29. und nachfolgender Werktag jedes Monats) in der Zeit von 8—1 und 4—7 Uhr ausgezahlt.

„Die Nervosität, warum so viele daran Leidende keine Hilfe finden und wie ihnen sicher geholfen werden kann" lautet das Thema, über welches heute, Mittwoch, im Rathaussaal der Privatgelehrte Richard Heise (ehem. Besitzer eines Nervensanatoriums) sprechen wird.

⊙ **Die Ortsgruppe Karlsruhe der „Internationalen Arbeiterhilfe"** hatte auf Sonntag vormittag 11 Uhr zu einer öffentlichen Versammlung im großen Rathaussaale eingeladen, mit dem Thema: „Hunger in Deutschland". — „Was will die Internationale Arbeiterhilfe"? Der Einladung wurde zahlreich entsprochen. Am Tage zuvor hatte der sozialdem. Volksfreund die Veranstaltung als „kommunistisches Mach- und Blendwerk" gestempelt, indem er einen Artikel veröffentlichte, der im Berliner sozialdem. Hauptorgan Vorwärts über den am Sonntag, den 16. März in Berlin stattgefundenen Reichskongreß der „Internat. Arbeiterhilfe" („I. A. H.") erschienen war. Es werden darin solche Kundgebungen der „I. A. H." als „kommunistischer Bluff" bezeichnet; die eigentlichen Arrangeure seien Kommunisten, und es würden dabei „prominente Personen, die da glauben, einem Hilfswerk zu dienen, wieder einmal benützt, um (dem Kommunismus) politische Vorspanndienste zu leisten". Weiter heißt es in dem vom Volksfreund abgedruckten Artikel: „Gewiß wäre ein Hilfswerk zu unterstützen, wenn es in erster Linie nur der Hilfe für Arme und Notleidende dienen soll. Bei der „I. A. H." verfolgen aber die eigentlichen Drahtzieher hauptsächlich parteipolitische Ziele für die kommunistische Partei und

---

Badisches Landestheater.

Die Aufführung von „Hoffmanns Erzählungen" fesselte wieder durch die scharf geprägte Fassung des Unheimlich-Phantastischen, die wir der gemeinsamen Arbeit Turnaus und Burkards verdanken. Daß und wie sehr diese Arbeit einen Schritt voran bedeutete, ließ sich an dem Eindruck dieser Wiederaufnahme aufs beste ermessen. Herr Rentwig ist ein Hoffmann von darstellerischem Leben und vornehmer gesanglicher Haltung. Frau von Ernst, die entgegen der Ankündigung des Zettels die Drei-Gestalt Olympia-Giulietta-Antonia sang, hatte einen äußerst glücklichen Abend; ihre Koloraturen waren warm und tonschön. Die musikalische Leitung des Herrn Lorentz sicherte eine ausgeglichene Wiedergabe der einzigartigen Partitur. H. L. M.

Aus dem Konzertsaal.

Händel-Konzert. Im Saal des Landeskonservatoriums veranstalten Verehrer Händelscher Musik ein Konzert, das ausschließlich Werke dieses Meisters umfaßte: das „Concerto Grosso" (A-Moll) und das Schäferspiel „Aleis und Galatea". Das unter musikalischer Leitung des Herrn Serck flüssig spielende Orchester begleitete die stimmlich durchweg anerkennenswerten Solistinnen Lisa Lust (Aleis) und Martha Idler (Galatea) und den Solisten, Herrn Dr. Hitzler (Polyphem). Besonders Martha Idler erfreute die Zuhörer durch ihren innigen Gesang. Die kleinere Partie des Damon hatte Herr Vögele mit Erfolg übernommen. Der Abend kann als gelungen bezeichnet werden.

Liederabend Agnes und Willy Zilken. Der ehemalige Heldentenor des Bad. Landestheaters gab mit seiner Gattin ein Konzert, das — wie bei der außerordentlichen Beliebtheit Zilkens zu erwarten war — ein vollbesetztes, begeistertes Haus fand. Zilkens ungemein ausdrucksvolles Organ und sein vollendetes, sicheres Können ist längst bekannt. Das hat er wieder bewiesen durch das Gebet des „Rienzi" und durch die Arie des Basco aus der „Afrikanerin" von Meyerbeer. In Liedern von Schillings kam auch die lyrische Ausdruckskraft und Schönheit seiner Stimme erneut zur Geltung. Frau Agnes Zilken sang mit gewinnender Anmut Arien aus „Fidelio" und aus Verdis „Maskenball". In Duetten aus „Tristan und Isolde" und „Fidelio" vereinigte sich das Künstlerpaar in lebendigem, harmonischem Zusammenklang, ebenso in Duetten von Fleck und Sinding. Mathilde Roth bot eine sichere musikalische Begleitung am Flügel. Das Haus war sehr beifallsfreudig.

* * *

Tanzabend Iril Gadescow. Es wird viel getanzt — doch wie viel ist wirklich „Tanz"? Wenn Tanz in rhythmische Bewegung umgesetzte Lebensfreude bedeutet, hat Gadescow das Höchste erreicht, was die Vereinigung von persönlichen, seelischen Elementen mit kunstmäßigen, nur auf Schönheitssinn berechneten Wirkungen bieten kann; denn sein Tanzen ist Hingebung seines disziplinierten, schönen Körpers an die Natur, also ursprünglicher Tanz. Der Künstler tanzte einen „Hirtentanz", „Cymbilen Tanz", „Deutschen Tanz" und Tanzfiguren zu Chopinscher Musik. Das Publikum war vor allem begeistert durch das japanische „Lotusland" und den schalkhaften „Lezzarnie". Der „Harlekin Puppen-Tanz" offenbarte die ungemein behende und erübte Technik des auf diesem Gebiet großen Künstlers. Herr Lopatnikoff (Klavier) und Kammermusiker Prasse (Violine) ernteten durch ihre Solodarbietungen und ihre vornehme Begleitung zu den Tänzen herzlichen Beifall des Publikums.

Münchener Uraufführung.

(Von unserem Korrespondenten.)

Kurt Brecht ist vor zwei Jahren durch sein Drama: Trommeln in der Nacht bekannt geworden. Diese Szenen, welche die Erlebnisse eines in den Novembertagen des Schicksalsjahres 1918 heimkehrenden Kriegers schildern, sind so unmittelbar empfunden, daß auch diejenigen gefesselt wurden, denen die Unreife von Geist und Form nicht entgangen war. In einem weiteren Stücke trat die Vorliebe für das ungesunde peinlich hervor. Diese zeigte Brecht auch in der Wahl des Stückes Marlowes, des Vorläufers Shakespeares, das er teils bearbeitet, teils neu gedichtet, nun in den Kammerspielen neu inszeniert hat. Das Leben König Eduards II. von England ist noch länger geworden, als das altenglische Vorbild. Gegen Mitternacht erlahmt die Aufnahmefähigkeit auch bei Dramen von dramatischer Spannung, um so mehr hier, wo der Verlauf der Handlung im Grunde genommen episch ist. Eduard II. hat ein widernatürliches Liebesverhältnis mit einem Manne aus der Hefe seines Volkes. Wegen dieser perversen Leidenschaft verletzt er gröblich seine Herrscherpflichten. Das Volk darbt und die Großen des Reiches erheben sich wider den König. Jahre lang tobt der Bürgerkrieg. Als sein Buhle in die Hände der Rebellen gefallen, wird Eduard zum Rasenden, der Treubruch und Mord auf sein Gewissen lädt. Die Königin, die trotz all der ihr angetanen Schmach ihn liebte, wird als Geliebte Mortimers, des Anführers der Aufständigen, zur Furie. Der schließlich gefangen genommene König wird durch die Gassen Londons geschleift, in Kloaken gesperrt, um ihn zur Abdankung zu zwingen und schließlich auf wahrhaft brutale Art ermordet. In Schmutz und Lumpen gewinnt der Dulder ein wenig von der Würde, die ihm als Herrscher gefehlt hat. Faber (vom Nationaltheater a. G.) spielte Eduard II. mit viel charakteristischen Zügen der Entartung; auch sonst gab es gute Leistungen, aber auch unzulängliche. Im ganzen hat man alles Häßliche und Gräßliche allzu sehr unterstrichen, ohne dadurch eine tragische Wirkung erzwingen zu können.

Wie in der Politik verträgt in der Kunst niemand mehr eine andere Meinung; das bekam jener Fischer im Publikum zu spüren, nach dem eine zarte Frauenhand schlug. L. G. Oberlaender.

Kunst / Wissen.

Im Thoma-Museum der Badischen Kunsthalle sind als Leihgabe für einige Zeit eine Reihe von Gelegenheitsarbeiten des Künstlers ausgestellt, die bisher der Oeffentlichkeit gänzlich unbekannt geblieben sind. Es handelt sich um Zeichnungen von Transparenten mit dem Charakter Silhouettenwirkung; und zwar Illustrationen zum Märchen vom „tapferen Schneiderlein".

Internationale. Alles andere ist Blendwerk und Bluff." In der Versammlung am Sonntag protestierte der Eröffnungsredner entschieden gegen diese Unterstellungen im Vorwärts bezw. Volksfreund; die „J. A. H." sei eine proletarische Hilfsaktion, die auf internationaler Grundlage dem Hunger und dem Elend, die nicht nur in Deutschland sich finden, steuern wolle und ihre Mittel nicht unter engen, parteipolitischen Gesichtspunkten verteile. Herr ev. Jugendpfarrer Kappes referierte über den Reichskongreß in Berlin am 16. März und über das Programm des „J. A. H". Die Not speziell in Karlsruhe schilderten die (der demokratischen Partei angehörenden) Stadtverordn. Hauptlehrerin Frl. Rieger und in ärztlicher Perspektive Herr pr. Arzt Dr. Cahn. Wer in der Auseinandersetzung der „J. A. H. mit der sozialdem. Presse recht hat, vermögen wir nicht zu entscheiden; registriert sei aber die Aeußerung eines Redners, daß die „J. A. H." ihre Mittel insbesondere dahin zu lenken habe, wo infolge von Lohnkämpfen mit dem Kapitalismus Hilfe notwendig sei. Das könnte man vielleicht so interpretieren, daß es für die „J. A. H." darauf ankomme, nicht lediglich in objektiver Weise philanthropisch zu wirken, sondern kommunistisch-terroristische Streiks zu finanzieren, auch außerhalb Deutschland. Vielleicht haben Vorwärts bezw. Volksfreund bei ihrem Urteil über die „J. A. H." das im Auge? —

Unfug. In der Nacht zum Montag wurden mehrere Feuermelder in der Südstadt durch unbekannte Täter mutwilligerweise gezogen, wodurch die Feuerwache um 9.40 Uhr, um 11 Uhr, um 11.15 Uhr, um 12 Uhr und um 12.40 Uhr zum Ausrücken veranlaßt wurde. Um Mitteilung von Anhaltspunkten zur Ermittelung der Täter an die Polizei wird gebeten.

Unfall. Am Samstag nachmittag fuhren in der Karlstraße zwei Radfahrer gegen einander, wobei der eine, ein Eisenbahnassistent von hier, zu Fall kam und sich eine Sehnenzerreißung zuzog, so daß er mittels Krankenautos nach dem Vinzentiuskrankenhaus verbracht werden mußte.

Ein Kaminbrand brach am Montag abend 7 Uhr im Hintergebäude eines Hauses der Waldhornstraße aus. Die Feuerwache konnte nach einstündiger Tätigkeit das Feuer löschen. Der entstandene Gebäudeschaden beträgt etwa 1500 Mark. Die Brandursache ist vermutlich auf eine fehlerhafte Kaminanlage zurückzuführen.

Aus verschmähter Liebe wollte sich am Montag abend 11½ Uhr ein 19 Jahre altes Mädchen aus Schwetzingen in der Alb bei Beiertheim ertränken. Sie konnte durch einen Vorübergehenden an der Ausführung ihres Vorhabens verhindert und der Polizei übergeben werden.

Landestheater. Für das Fach der jugendlich-dramatischen Sängerin ist Fräulein Malie Fanz vom Stadttheater Kaiserslautern nach ihrem Gastspiel ab Herbst dieses Jahres verpflichtet worden, desgleichen für das Fach der ersten Altistin Frau Viktoria Brewer-Hoffmann vom Friedrich-Theater in Dessau.

Handel und Volkswirtschaft.

Börsenbericht.

Berlin, 25. März. Die Tendenz ist an der heutigen Börse etwas freundlicher als an den vorangegangenen Tagen, da aussenpolitisch und wirtschaftlich keine grossen Veränderungen eingetreten sind. Die Spekulation führt die bessere Haltung auf die jetzt einsetzenden Interventionskäufe der Banken zurück. Bereits an der gestrigen Nachbörse zeigten die Grossbanken Neigung, zu niedrigeren Kursen Material aufzunehmen. Diese Käufe nahmen heute einen grösseren Umfang an. Man will wissen, dass sie in den nächsten Tagen noch weiter fortgesetzt werden. Es kommt hinzu, dass die schwersten Verluste aus der Frankenspekulation, soweit es sich um sofortige Engagements handelt, zunächst gedeckt sein dürften. Gestern fanden im Usancehandel noch freie Exkursionen statt. Infolgedessen gab der Franken an einzelnen deutschen Börsen bis zu einer Parität von 74 Franken für das englische Pfund nach. Nach Aufhören dieser Deckungskäufe macht sich eine neue Verflauung der französischen Valuta bemerkbar. Heute wurde in Berlin das englische Pfund mit 79 gehandelt. Im inländischen Devisenverkehr ist die Lage unverändert. Am Geldmarkt ist tägliches Geld weiterhin flüssig zu ¾ pro Mille täglich angeboten. Rentenmarkkredite auf längere Frist sind mit 2 bis 2½ Prozent monatlich ziemlich schwer zu erlangen.

Am Montanmarkt waren schon recht bemerkenswerte Kursgewinne zu verzeichnen. So gewannen Bochumer Guss + 2, Gelsenkirchen + 1½, Harpener + 1¼, Kattowitzer + 2, Köln-Neuessen + 1, Mannesmann + 1, Stollberger Zink + 2. Auch Kaliwerte lagen fester. Dt. Kali + 3. Bei chemischen Aktien betragen die Kursgewinne ½ bis 1½ Prozent, Elektrowerte ½ bis 1½ Prozent durchschnittlich fester. Maschinen und Metallwerte gesucht, doch sind die Kurssteigerungen sehr minimal. Petroleumwerte fanden zu etwa 1 bis 2 Prozent höheren Kursen Aufnahme. Recht fest waren die meisten Banken. Berliner Handelsanteile + 5½, Darmstädter + ½, Dresdener + 3/4, Commerz + 3/8. Schiffahrtswerte lagen recht fest. Hapag + 1, Dt. Australier + 1½, Hamburg Süd + 2. Auch Hochbahnaktien wieder sehr gesucht. Berliner Hochbahn + 3. Von ausländischen Renten waren besonders türkische Werte begehrt. Am inländischen Rentenmarkt verzeichneten vor allem Kriegsanleihe eine kräftige Erholung.

Gründung einer Maschinenbörse.

Freiburg, 25. März. Der Verband Badischer Landmaschinenbauer und -Händler hielt dieser Tage unter Leitung seines ersten Vorsitzenden, des Herrn Karl Kiefer-Efringen-Kirchen ihre diesjährige Hauptversammlung in Freiburg ab, die sich mit wichtigen Organisationsfragen des Verbandes beschäftigte. Durch Festsetzung der Satzungen wurde dem Verbande nach gründlicher Aussprache der zahlreich anwesenden Mitglieder aus ganz Baden eine neue feste Form gegeben. Als wichtigste Aufgabe des Verbandes wird die regelmässige Abhaltung der Maschinenbörse an jedem ersten Samstag des Monats im „Fahnenwerk" in Freiburg bezeichnet. Zu der Börse haben die Mitglieder sowie von Mitgliedern eingeführte Gäste Zutritt. Der erste Börsentag erfreute sich eines lebhaften Besuches und eines anregenden Geschäftsganges hauptsächlich im Tauschgeschäft.

Die Braunkohle auf der Kölner Messe.

Der vom Rheinischen Braunkohlen-Syndikat Köln vor mehr als Jahresfrist, gleich bei der Gründung der Kölner Messe, gefasste Plan, die Braunkohlen-Industrie und alle damit zusammenhängenden technischen Industriezweige in einer geschlossenen Gruppe auf der Messe vorzuführen, wird auf der bevorstehenden Kölner Frühjahrsmesse (11. bis 17. Mai) in grosszügiger Weise verwirklicht werden. Zunächst wird das Rheinische Braunkohlen-Syndikat selbst inmitten der Braunkohlenmesse eine wärmetechnische Ausstellung einrichten. Sodann werden ausser den technischen Einrichtungen, die zur Gewinnung und Aufbereitung der Rohbraunkohle dienen, alle jene Fabrikationsgebiete, die die mannigfaltige Verwendung der Braunkohle in häuslichen und industrieellen Betrieben (vom Ofen bis zur Grossdampfkesselfeuerung) veranschaulichen, ausgestellt werden. Hierzu kommen dann weiter noch Einrichtungen zur Herstellung und Verwendung von Braunkohlenstaub, Apparate für Brennstoffchemie und Ueberwachung des Feuerungsbetriebs, Anlagen zum Transport und Lagerung von Braunkohle und Einrichtungen zur Nebenstoffverwertung usw. Die der Kölner Braunkohlenfachmesse zu Grunde liegende Idee besteht darin, die feuerungstechnischen Eigenschaften der Braunkohle und die Ersparnismöglichkeiten bei ihrer Verwendung in weitesten Kreisen bekannt zu machen. Die bedeutendsten Firmen der Heizungstechnik und der anderen technischen Gebiete, die in Beziehung zur Braunkohlen-Industrie stehen, werden sich an der Kölner Braunkohlenfachmesse beteiligen. Sie wird an Inhalt und Umfang der ähnlichen Veranstaltung des Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats auf der Leipziger Frühjahrsmesse nicht nachstehen.

Kath. Männerverein Karlsruhe-Süd

Heute **Mittwoch abend 8 Uhr**, findet im Saal des „Tivoli", Ecke Nebenius- und Rüppurrerstraße, ein

Diskussionsabend

über brennende Tagesfragen statt, wobei Herr Professor Krause das einleitende Referat hat.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Auch die Angehörigen unserer Mitglieder sind herzlichst eingeladen.

Durch das Notgesetz vom 3. ds. Mts. (Gesetz- und Verord.-Blatt S. 35) ist mit sofortiger Wirkung die Bestimmung in § 13 G.G.St.G. aufgehoben, wonach der Nachlass der Landessteuer selbstätig auch den Nachlass der anschliessenden Gemeinde- und Kreissteuer zur Folge hat. Für den Nachlass der Gemeinde- und Kreissteuer ist jetzt der Gemeinde- und Kreisrat zuständig, die vom Finanzministerium für den Nachlass der Landessteuer aufgestellten Grundsätze sind jedoch von ihm zu berücksichtigen.

Nachdem der Herr Minister der Finanzen mit Erlass vom 12. Februar 1924 Nr. 330 zugestimmt hat, dass für das Rechnungsjahr 1. April 1923/24 mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse die Grundsteuern der Pfründen insoweit nachgelassen werden, als sie etwa 50 v. H. des Ertrags (auch Pachtzinses) übersteigen, gilt dieser Grundsatz nicht nur für die Landessteuern, sondern auch für die Gemeinde- und Kreissteuern. Der Unterschied zum bisherigen Verfahren besteht nur darin, dass der Nachlassantrag für die Gemeinde- und Kreissteuern nicht mehr beim Finanzamt, sondern beim Gemeinde- und Kreisrat einzureichen und von diesem zu erledigen ist. Für die Feststellung inwieweit die Grundsteuern 50 v. H. des Ertrags übersteigen, sind Landes-, Gemeinde- und Kreissteuern zusammenzuzählen, der Nachlass hätte sich naturgemäss verhältnismässig auf jede der drei Steuern zu verteilen.

Soweit die beim Finanzamt bereits eingereichten Anträge hinsichtlich der Gemeinde- und Kreissteuern etwa abgelehnt sein sollten, wären sie beim Gemeinde- und Kreisrat zu wiederholen.

*

Der Einzelhandelsausschuss der Handelskammer Karlsruhe tagte am 14. März d. J., um einen Bericht des Vertreters der Handelskammer Karlsruhe im Einzelhandelsausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstags, Herrn Rud. Hugo Dietrich-Karlsruhe und einen solchen des Vertreters der Kammer im Hauptausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstags, Herrn Otto Freundlieb-Karlsruhe, über die letzten Tagungen des Einzelhandels und Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstags entgegenzunehmen. Gegenstand der Beratung bildeten u. a. **die Verkaufsbedingungen der Industrie und des Grosshandels unter dem Einfluss der stabilisierten Währung, die Vertretung des Einzelhandels in den Handelskammern, die Ausschaltung des Einzelhandels durch die Industrie bei Beschaffung von Lebensmitteln des täglichen Bedarfs, Wuchergerichte und Notverordnung über die Strafrechtspflege und Aufruhrschäden.**

Badische Gesellschaft für Radiotechnik in Karlsruhe e. V. Am Samstag, den 15. ds. Mts., fand unter Beteiligung zahlreicher Interessenten nunmehr die Gründung der Bad. Gesellschaft für Radiotechnik in Karlsruhe e. V. statt, was von den vielen in Karlsruhe anwesenden Freunden der Radiotechnik sicherlich lebhaft begrüsst werden wird. Ueber den Zweck der Gesellschaft wurde bei den Mitteilungen über die Vorbesprechungen schon das Nähere bekanntgegeben. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Oberbaurat Seitz (Vorsitzender), Telegraphendirektor Uebelhör (stellv. Vorsitzender), Ingenieur Zeiser (Schriftführer), Dipl.-Ingenieur Schmutte (2. Schriftführer), Gewerbelehrer Bender (Kassenwart), Direktor Fettweis und Oberregierungsrat Bucerius (Beiwarte). Die Mitgliedschaft muss schriftlich beim Vorsitzenden (O. B. Seitz, Kaiserallee 105) beantragt werden. Der Antrag auf Aufnahme kann aber auch durch Eintrag in Anmeldelisten, die an folgenden Stellen aufliegen, geschehen: Buchhandlung von Müller u. Gräff, Kaiserstrasse 80 a; Badische Lehrmittelanstalt von W. Petzold, Kaiserstrasse 14. Dortselbst können auch die Statuten eingesehen werden. Die Aufnahmegebühr beträgt 3 Mk., der Halbjahresbeitrag 6 Mk., für korporative Mitglieder mindestens 25 Mk. Anfang April wird ein bewährter Fachmann, Postrat Dr. ing. Trautwein, die Vortragsreihe eröffnen, welche der Verein abzuhalten gedenkt. Nähere Mitteilungen erfolgen noch durch Bekanntgabe. Allen Radiofreunden, die mit Erfolg zu arbeiten beabsichtigen, kann die Mitgliedschaft nur empfohlen werden.

—(*)—

Spiel und Sport.

F. C. Mühlburg — V. f. B. Ludwigsburg 4:1.

Nachdem sich V. f. B. Ludwigsburg durch dauernde Siege bis zur dritten Hauptrunde in den Pokalspielen durchgerungen hatte, mußten sie nun durch die gestrige Niederlage gegen Mühlburg von der Teilnahme an den weiteren Spielen verdrängt. Mühlburg war ohne Zweifel die bessere Mannschaft und hat das Spiel verdient gewonnen. Zumal die V. f. B. Verteidigung zusammen mit dem Torwart in allem vollständig versagte. Bei Mühlburg war die Hintermannschaft auf der Höhe, ebenso war der rechte Flügel entschieden der bessere. Der Schiedsrichter amtierte zur Befriedigung.

Sp. Cl. Freiburg — K. F. V. 2:2.

Auch das zweite Treffen des K. F. V. endete mit einem Unentschieden. Vorauszusehen war, daß der K. F. V. alles aufbieten mußte, um ein einigermaßen günstiges Resultat herauszubringen, zudem Sportklub zurzeit in bester Form ist. Gleich von Beginn des Spieles an entstand ein heftiger Kampf. Beide Tore kommen wiederholt in Gefahr, bis es in der 30. Minute Hirsch gelingt, den ersten Treffer zu erzielen. Bei Freiburg macht sich, auf den Erfolg Karlsruhes hin, eine Nervosität bemerkbar, so daß das Zusammenspiel erheblich litt. Aus einem Angriff K. F. V. konnte Würzburger die Torzahl auf 2 stellen. Freiburg merkte scheinbar erst jetzt, um was es geht. Angriff auf Angriff wurde vor das Heiligtum des K. F. V. getragen, doch die Karlsruher Verteidigung arbeitete sicher, ganz besonders der Torhüter hält verblüffend. Halbzeit 2:0.

Nach der Pause ist der Verein immer noch im Angriff, doch gelingt es ihm nicht mehr, die Sportklubverteidigung zu durchbrechen. Der Sportklub nimmt nun eine Umstellung vor, die sich gut bewährte. Müller, der sich nun auf dem Mittelstürmerplatz aufgestellt hat, konnte schon nach kurzer Zeit eine Vorlage zum ersten Tor für seine Farben verwandeln. Der K. F. V. wird nun in seine Hälfte zurückgedrängt, der Freiburger Sturm arbeitet sichtlich überlegen. Die bestgemeinten Sachen werden durch die Karlsruher Verteidigung und nicht zuletzt durch den Torhüter geklärt. Einen Strafstoß konnte Müller unhaltbar zum ausgleichenden Tor einsenden. Durch Verletzung mußte bei K. F. V. ein Mann ausscheiden, so daß der Verein nur noch mit 10 Mann weiter spielen mußte. Freiburg drängt immer wieder, doch ohne Erfolg. Die Angriffe werden alle durch die verstärkte K. F. V.-Verteidigung abgewiesen. Bei dem Stande 2:2 konnte der zur Zufriedenheit amtierende Schiedsrichter (Herr Gschwind-Stuttgart) das Treffen beenden.

Von allen wichtigen Tagesneuigkeiten bringt der B. B. rasche und zuverlässige Nachricht.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 22. März: Bertold, alt 4 Monate 8 Tage, Vater Jak. Halpern, Handelsmann. — 23. März: Josef Englert, Polizeimann, alt 20 Jahre; Josef Eppele, Tapezier, Witwer, alt 65 Jahre; Johann Weber, Schuhmachermeister, Ehemann, alt 74 Jahre. — 24. März: Walter, alt 1 Monat 20 Tage, Vater Friedrich Schulze, Gendarmeriewachtmeister.

Die sparsame Hausfrau kauft nur im

Offenbacher Lederwaren-Vertrieb

nur Kaiserstrasse 203, I. Etage — Kein Laden

Einkommensteuervorauszahlungen.

Vorauszahlung.

Außer den Landwirten und Gewerbetreibenden, deren Vorauszahlungspflicht — abgesehen von den Kleinhandwerkern — bereits geregelt ist, haben noch folgende Personen Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer für 1924 zu leisten, die **am 10. April 1924** fällig sind und zur Vermeidung von Verzugszuschlägen spätestens bis zum 17. April an das zuständige Finanzamt oder an die Steuereinnehmerei (Hilfskasse) bezahlt sein müssen:

a) Steuerpflichtige, die im 1. Kalendervierteljahr 1924 lediglich Arbeitslohn bezogen haben, wenn dieser den Gesamtbetrag von 2000 M in dem genannten Kalendervierteljahr überstiegen hat;

b) Steuerpflichtige, die im 1. Kalendervierteljahr 1924 lediglich Einkommen aus Grund- und Hausbesitz (nicht aus dem Betriebe der Land- und Forstwirtschaft) und Einkommen aus einem freien Berufe oder aus sonstiger selbständiger Arbeit bezogen haben, und zwar ohne Rücksicht auf die Höhe dieses Einkommens.

c) Steuerpflichtige, die im 1. Kalendervierteljahr 1924 Einkommen der unter a und b bezeichneten Art in der Höhe von zusammen mehr als 2000 M bezogen haben.

Der Begriff „Arbeitslohn" (Fall a) ist in demselben Sinne aufzufassen wie beim Steuerabzug. Auch darf am Lohn nur der Betrag abgezogen werden, der beim Steuerabzug im 1. Kalendervierteljahr 1924 als steuerfreier Lohnbetrag berücksichtigt worden ist, gegebenenfalls in der vom Finanzamt besonders festgesetzten Höhe.

Bei den unter b aufgeführten Steuerpflichtigen bemessen sich die Vorauszahlungen nach dem Ueberschuß der Einnahmen über die Werbungskosten, wobei jedoch Abschreibungen für Abnutzung und Substanzverlust, Ausgaben für Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte und durch Berufsarbeit der Ehefrau verursachte Mehraufwendungen für den Haushalt nicht als Werbungskosten berücksichtigt werden dürfen. Von den übrigen in § 13 des Einkommensteuergesetzes vorgesehenen Abzügen dürfen nur die Schuldzinsen und die besonderen privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen dauernden Lasten sowie etwaige Verluste bei einzelnen Veräußerungsgeschäften — diese nur, soweit sie an Gewinnen gleicher Art abgezogen werden können — berücksichtigt werden. Nach Buchstabe b haben ausnahmsweise auch folgende **Gewerbetreibende** ihre Vorauszahlungen zu leisten: Bücherrevisoren, Buchmacher, Dentisten, Frachtführer, Handelsmakler, Handlungsagenten, Hebammen, Heilkundige, Hopfenkommissionäre, Lagerhalter, technische Lehrer, Privatschulinhaber, Rechtskonsulenten, Stellenvermittler, Steuerberater, Spediteure, selbständige Techniker, Inhaber von Theaterunternehmungen (auch Lichtspielen) und Weinkommissionäre, ferner die persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Im Falle c werden die Einkünfte nach Buchstabe a und die nach Buchstabe b je für sich besonders berechnet und die Ergebnisse zusammengezählt. Uebersteigt das so erhaltene Einkommen des Kalendervierteljahrs den Betrag von 2000 M nicht, so ist vom Arbeitslohn keine Vorauszahlung zu entrichten, sondern lediglich von dem Ueberschuß aus dem sonstigen Einkommen.

Bei der Berechnung der Vorauszahlung ist der Teil des für das 1. Kalendervierteljahr 1924 ermittelten Einkommens, der den Betrag von 2000 M **nicht** übersteigt, und der diesen Betrag übersteigende Teil besonders zu behandeln. Aus dem den Betrag von 2000 M nicht übersteigenden Teil beträgt die Vorauszahlung grundsätzlich 10 v. H. Sie ermäßigt sich für die zur Haushaltung des Pflichtigen zählende Ehefrau sowie für jedes zu seiner Haushaltung zählende minderjährige Kind um 1 v. H. des ermittelten Einkommens. Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht berücksichtigt. Für die Zahl der zu berücksichtigenden Familienangehörigen ist jedoch nicht — wie beim Steuerabzug — der Stand am 10. Oktober 1923, sondern der Stand am letzten Tage des Kalendervierteljahres, im vorliegenden Falle also der Stand am 31. März d. J. maßgebend. Von dem über 2000 M hinausgehenden Teil des Einkommens werden ohne jeden Abzug und ohne Berücksichtigung von Familienangehörigen 20 v. H. als Vorauszahlung angesetzt. Auf den Gesamtbetrag der Steuer wird dann der im 1. Kalendervierteljahr 1924 am Lohn einbehaltene Steuerabzug angerechnet; der verbleibende Rest ist als Vorauszahlung zu leisten.

Beispiel: Ein verheirateter Rechtsanwalt mit vier minderjährigen Kindern ist zugleich angestellter Syndikus einer Aktiengesellschaft. Er hat in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1924 aus seiner Anwaltstätigkeit insgesamt 1800 M an Einnahmen erzielt. Seine Betriebsunkosten betrugen 800 M, sein Gehalt als Syndikus 2700 M. Die Vorauszahlung ist folgendermaßen zu berechnen:

Einkommen aus freiem Beruf	1800 M	
Werbungskosten	800 M	
Ueberschuß		1000 M
Gehalt	2700 M	
Steuerfreier Lohnbetrag	150 M	
Ueberschuß		2550 M
Die Vorauszahlung ist zu berechnen von		3550 M
Die Vorauszahlung beträgt (10 — 5) = 5 v. H. von 2000 =		100 M
und 20 v. H. von 1550 =		310 M
Zusammen		410 M
Anzunehmen ist der Steuerabzug mit 5 v. H. von 2550 =		127,50 M
so daß auf die Vorauszahlung noch zu entrichten sind.		282,50 M

Eine Vorauszahlung wird nicht erhoben, wenn sie den Betrag von 5 M nicht übersteigt.

Voranmeldungen.

Zur Abgabe einer Voranmeldung sind ohne besondere Aufforderung verpflichtet:

1. Personen, die im abgelaufenen Kalendervierteljahr Arbeitslohn (Bruttoeinnahmen) im Betrage von **mehr als 2200 M** bezogen haben.

2. Personen, die im abgelaufenen Kalendervierteljahr Einkünfte (Bruttoeinnahmen) der oben unter b bezeichneten Art von insgesamt **mehr als 500 M** bezogen haben.

3. Personen, die im abgelaufenen Kalendervierteljahr Arbeitslohn und Einkünfte der oben unter b bezeichneten Art bezogen haben, wenn der Bruttoarbeitslohn unter Hinzurechnung der Bruttoeinkünfte den Betrag von 2000 M in einem Kalendervierteljahr überstiegen hat.

Vordrucke zu den Voranmeldungen werden bei den Finanzämtern Karlsruhe Stadt (Kreuzstraße Nr. 11 a) für die Pflichtigen des Stadtbezirks Karlsruhe und der Vororte, und Finanzamt Karlsruhe Land (Rüppurrerstraße 3 a) für die Pflichtigen des Landbezirks Karlsruhe unentgeltlich abgegeben. Auch der Steuerpflichtige, der hiernach keine Voranmeldung einzureichen hat, hat gleichwohl eine Vorauszahlung zu leisten, wenn nach dem oben Gesagten die Voraussetzungen hierfür vorliegen. Wie für das 1. Kalendervierteljahr sind die Vorauszahlungen und Vorannmeldungen auch für die weiteren Kalendervierteljahre des Jahres 1924 und zwar jedesmal bis zum Zehnten des auf den Vierteljahresschluß folgenden Monats zu leisten bezw. einzureichen.

Vorauszahlung der Gewerbetreibenden.

Die Vorschriften über die Vorauszahlungen der **Gewerbetreibenden** sind durch folgende Anordnung des Reichsfinanzministers ergänzt worden: Alle industriellen Betriebe, die nicht in Körperschaftsform gekleidet sind, können ihre Vorauszahlungen so berechnen, daß sie von den Gesamtbetriebseinnahmen 25 v. H. abziehen und vom Rest 2 v. H. als Vorauszahlung entrichten. Weitere Abzüge oder ermäßigte Sätze sind bei dieser Art der Berechnung ausgeschlossen. Wer hiervon Gebrauch machen will, muß dies spätestens bis zum Ablauf der Schonfrist für die im April zu leistenden Vorauszahlungen (17. April) dem Finanzamt schriftlich erklären. Er bleibt dann an diese Erklärung gebunden, kann also nicht für die später fällig werdenden Vorauszahlungen eine andere Berechnungsweise wählen.

Karlsruhe, den 25. März 1924.

Die Finanzämter Stadt und Land.

Lohnzettel für die Einkommensteuer.

Binnen 10 Tagen nach Ablauf eines Kalendervierteljahrs, erstmals bis zum 10. April 1924, haben die Arbeitgeber für jeden Arbeitnehmer, dessen Bruttoarbeitslohn im abgelaufenen Kalendervierteljahr den Betrag von 2200 M überstiegen hat, einen Lohnzettel nach vorgeschriebenem Muster an das für den Arbeitnehmer zuständige Finanzamt einzusenden. Der Lohnzettel muß den Bruttoarbeitslohn, getrennt nach laufenden Bezügen und einmaligen Einnahmen sowie nach Barlohn und Sachbezügen unter besonderer Angabe der Höhe der Dienstaufwandsentschädigungen, ferner die vom Arbeitslohn einbehaltenen Steuerbeträge unter genauer Bezeichnung des Arbeitnehmers (Name, Beruf, Familienstand, Wohnort, Wohnung) enthalten. Weiter ist anzugeben, in welcher Höhe der steuerfreie Lohnbetrag insgesamt berücksichtigt worden ist. Die Vordrucke zu den Lohnzetteln müssen sich die Arbeitgeber selbst beschaffen.

Karlsruhe, den 24. März 1924.

Die Finanzämter Stadt und Land.

(Für die Pflichtigen des Stadtbezirks Karlsruhe und der Vororte an das Finanzamt Karlsruhe-Stadt, Kreuzstr. Nr. 11 a, für die Pflichtigen des Landbezirks Karlsruhe an das Finanzamt Karlsruhe-Land, Rüppurrerstraße Nr. 3 a.)

Unsere Kassenräume befinden sich vom **26. ds. Mts Schloßplatz 4—6,** Eingang **b,** nicht mehr Eingang a.

Landeshauptkasse.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Druckarbeiten
: jeder Art :
liefert rasch und billigst
Buchdruckerei BADENIA
Karlsruhe, Adlerstr. 42

Todes-Anzeige.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Tief erschüttert machen wir die traurige Mitteilung, dass nach kurzer schwerer Krankheit mein innigst geliebter Gatte, unser treusorgender guter Vater, Schwiegervater und Grossvater

Herr Fabrikant

Anton Alois Warolli

im Alter von 64 Jahren heute Nacht, versehen mit den hlg. Sterbesakramenten, sanft entschlafen ist.

Untergrombach, den 25. März 1924.

In tiefster Trauer:

Frau **Elise Warolli,** geb. Riedle
Frau **Eugenie Wickenhäuser,** geb. Warolli
Anton Otto Warolli
Hilda Warolli
Frau **Luise Göckel,** geb. Warolli
Adolf Wickenhäuser, Heidelberg
Frau **Berta Warolli,** geb. Thoma
Alfred Göckel, Messkirch
und **5 Enkelkinder.**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. 3/4 6 Uhr statt.

Belohnung
der treuen Domingo-Raucher.

Die Packungen des beliebten Domingo-Rauchtabakes **nicht mehr wegwerfen,** sondern **aufheben** und **sammeln.**

Bei Abgabe von 10 Stück leere 1 Pfund-Packungen
oder 20 „ „ 1/2 „ „
„ 50 „ „ 100 Gramm-Packungen

des **Domingo-Rauchtabakes** erhält der Raucher eine echte Bruyerepfeife mit Hornspitze **gratis** nach seiner Wahl.

Die Pfeifen sind in meinem Schaufenster ausgestellt.

Domingo-Rauchtabak	in 100 Gramm-Pack.	**Mk.**	**—.55**
„ „	„ 1/2 Pfund „	„	**1.35**
„ „	„ 1 „ „	„	**2.60**

Garantiert rein Uebersee.

Alleinverkauf nur: **Zigarrenhaus „Kosmos"**
Waldstrasse 53, beim Ludwigsplatz — **Telefon 2338.**
Wiederverkäufer erhalten Fabrikpreise.

Missionskonvikt St. Heinrich
Donaueschingen
nimmt für sämtliche Klassen des Gymnasiums Zöglinge auf, welche die Absicht haben, als Priester und Ordensleute in den Missionsländern von Afrika und Amerika dereinst tätig zu sein. Die Aufnahmebedingungen sind ersichtlich aus dem Prospekt. Anmeldungen nimmt entgegen das **Rektorat des Missionskonviktes.**

Städtisch. Konzerthaus.
Samstag, den 29. März 1924, abends 8 Uhr

Fest-Abend

anlässlich der Landestagung des Bad. Landesausschusses für Leibesübungen u. Jugendpflege
veranstaltet vom
Karlsruher Stadtausschuss u. d. Bad. Lichtspielen
Mitwirkende:
Karlsruher Lehrer-Gesangverein, Leitung: Professor Heinrich Kaspar Schmid; **Vereinigung bad. Polizeimusiker,** Leitung: Obermusikmeister Heisig; **Mädchen-Abteilung des Karlsruher Turnvereins 1846,** Leitung: Turnlehrer O. Landhäuser.

Programm:
1. Burgersdorfer Marsch F. Wagner
2. a) In der Ferne } Männerchöre L. Thuille
b) Landsknechtslied }
3. Einzug der Gäste aus „Tannhäuser" . . . R. Wagner
4. Vortrag: Dr. Diem, Berlin, Generalsekretär des Deutschen Reichsausschusses f. Leibesübungen: „Leibeskultur" — Ein Weg zur Vollkommenheit.
5. Deutscher Volksruf Männerchor . . . J. Reiter
6. Armeemarsch IX.
7. Mädchenreigen
8. a) Maillied } Männerchöre bearb. v. d. Schumann
b) Jägermarsch }
9. Turn- und Sportfilm
10. Altbadischer Marsch

Eintrittspreise: Mk. 1.50, 1.20 0.80. Studierende und Schüler halbe Preise.
Vorverkaufsstellen: Musikalienhdlg. Fritz Müller u. Sporthaus Freundlieb.

Todes-Anzeige.

Gott, dem Allmächtigen, hat es gefallen, meinen lieben Gatten, unsern guten, treubesorgten Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Heinrich Kehl
Wagenaufseher

im Alter von 51 Jahren nach kurzem schwerem Leiden, wohlversehen mit den hlg. Sterbesakramenten, zu sich heimzurufen.

Karlsruhe, den 25. März 1924.

Namens der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Rosa Kehl, geb. Blatz.

Beerdigung: Donnerstag nachm. 2 Uhr
Trauerhaus: Luisenstrasse 77.

Kathol. Männerverein Südstadt.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, von dem Ableben unseres lieben Mitgliedes, Herrn

Heinrich Kehl,
Wagenaufseher,

Kenntnis zu geben und bitten um zahlreiche Beteiligung bei der am Donnerstag, den 27. März, nachmittags 2 Uhr, stattfindenden Beerdigung

Karlsruhe, 25. 3. 1924

Der Vorstand.

Mit Zustimmung des Bürgerausschusses vom 11. März ds. Js. und Staatsgenehmigung vom 18. März ds. Js. wird unter Aufhebung des Gemeindebeschlusses vom 31. Jan. 1923 über die **Erhebung von Gebühren für die Tätigkeit der Ortsbaukontrolle und Prüfung der Hausentwässerungsanlagen** der Gemeindebeschluß vom 29. April 1913 wieder in Kraft gesetzt mit der einen Aenderung, daß der in § 1 genannte Gebührensatz von 2% auf 3% erhöht wird.

Ein Abdruck der neuen Gebührenordnung ist während 4 Wochen vom Tage dieser Bekanntmachung an gerechnet an der Verkündigungstafel im Rathaus zur Einsichtnahme angeschlagen.

Karlsruhe, 22. März 1924

Städt. Tiefbauamt.

Sonder-Angebot
Verkauf zu
ermässigten Preisen
in
elektr. Beleuchtungskörpern
Teilzahlung gestattet.
Grund & Oehmichen
Waldstrasse 26.

Anläßlich der Ausstellung
Handwerk & Handel
suchen wir für die Teilnehmer der Tagungen am 5. und 6. April
Hotel- und Privatquartiere
Anmeldungen mit Preisangaben erbittet die Ausstellungsleitung in der Städt. Ausstellungshalle, Telefon 5014.

Gewerbetreibende, Fabrikanten, Industriebetriebe, Ladengeschäfte, kaufmännische Büros u. Kanzleien, die einen

Lehrling oder Lehrmädchen suchen,

wollen jetzt schon ihre Aufträge zur Besetzung von Lehrstellen aufgeben. Lehrstellensuchende sind in großer Anzahl bei uns vorgemerkt.

Arbeitsamt
für den Vermittlungsbezirk Karlsruhe.
Abt. Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung, z. Zt. Beiertheimerallee 10.

MÜTZEN

Ca. 2000 Männer-, Herren- u. Knaben-Mützen von Mk. 1.20 an
Sport-Mützen
neueste Mode, mit imit. u. echt Led.-Einfass zu 1.50 1.80 2.00 usw.
Herren-Hüte, solange Vorrat Stück Mk. 3.-
beim
ZENKER **Theodor** ZENKER
Kaiserstrasse 61, gegenüber der Hochschule.

Liebe Karlsruher!

Meine letzte Bekanntmachung ist vielfach als Abschied von Karlsruhe aufgefasst worden. Nein! Nein! Ich bleibe noch lange bei Euch und freue mich Euch am **Freitag, den 28. März,** wieder in dem

Resi-Lichtspiele, Waldstrasse

begrüssen zu können, wo Ihr mich schon als My Boy kennen gelernt habt. Diesmal in meinem neuesten Film

„Das Zirkuskind".

Euer
Jackie Coogan.

Genussreiche Stunden verschafft ein Harmonium
Grosse Auswahl
Versand nach allen Stationen
H. Maurer
Karlsruhe i. B.
Kaiserstr. 176
Kataloge u. Schriften über das Harmonium kostenl.

Beim städt. Wasenmeister, Schlachthausstr. 17, befinden sich herrenlos: Rottweiler, männl., Schnauzer, m., 2 Pinscher, m. u. w., Spitzerbastard, m., Teckel, w., 2 Fox, m., 2 Schäferhunde, männl. Innerhalb drei Tagen vom Eigentümer nicht abgeholte Tiere werden getötet bezw. versteigert.

Städtisches Schlacht- und Viehhof-Amt.

Matratzendünger-Versteigerung.

Am **Mittwoch, den 2. April 1924, vormittags 10 Uhr,** wird in der Artillerie-Kaserne, Moltkestr. 8, der Matratzendünger von 70 Pferden, haufenweise, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

Polizeibereitschaft Karlsruhe.

Landwirtschaftl. Frauenberufe
bildet aus staatlich anerk. Wirtschaftl. Frauenschule
Selikum - Reuß

Hochschüler erteilt Mittelschülern **gründliche Nachhilfe** in

Mathematik.

Brugier, cand. mach., Wendtstraße 17.

Auswanderer!

Aeltere Pforzheimer Goldwarenfabrik übergibt Vertretung und Verkaufslager in **Goldwaren.** Es kommen nur tatkräftige Leute in Frage, welche Kaution oder Sicherheit von mindestens 1—3000 Goldmark stellen können. Angebote unter Nr. 564 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zu kaufen gesucht: **Huber, Hemmnisse der Willensfreiheit,** 2. Aufl. Angebote an Pfarrer **Grumann, Illenau.**

Den Herren Orts- und Bezirks-Vorsitzenden der Zentrumspartei
empfehlen wir unsere Druckerei
für die Anfertigung aller
Drucksachen für die Reichstagswahl
Rasche Lieferung. Mäßige Preise.
Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei **Karlsruhe**
Adlerstraße 42.

Material für den Wahlkampf 1924!
Preis nur Mk. 1.50.

Der Zentrumswähler.

Ein politischer Wegweiser für alle Parteifreunde, insbesondere für die Bezirks- und Ortsvorsitzenden zur praktischen öffentlichen Werbearbeit.

Aus dem Inhalt: 1. Das Zentrum und das Deutsche Reich im Innern. 2. Die deutschen Katholiken und ihre politische Vertretung. 3. Ludendorffs Anklagen gegen den Vatikan, die Katholiken und das Zentrum. 4. Das Zentrum und der gewerbliche Mittelstand. 5. Das Zentrum und der Achtstundentag. 6. Das badische Zentrum und die Wirtschaft. 7. Der badische Landbund. 8. Unsere Frauenorganisation. 9. Taktisches und Praktisches im Voraus. 10. Politisches Allerlei.

Badenia A.-G. für Verlag u. Druckerei
Telefon 535. Karlsruhe, Adlerstr. 42

Kauft bei unseren Inserenten!

Der Geschichtsphilosoph Ernst Troeltsch über die jüngste deutsche Geschichte.

I. Ueber das Zentrum seit 1918.

Von dem jüngst verstorbenen Berliner Philosophen Ernst Troeltsch, der früher in Heidelberg protestantischer Theologieprofessor war, sind vom November 1918 bis kurz vor seinem Tode, vier Jahre lang, sogenannte Spektator-Briefe in Avenarius' „Kunstwart" erschienen, die nun von dem bekannten Berliner Historiker Friedrich Meinecke (früher in Freiburg i. Br.) mit einer Einleitung versehen und von Dr. Hans Baron in Mohrs (Siebeck) Verlag in Tübingen gesammelt herausgegeben worden.* Die Lesung dieses Buches ist besser geeignet als irgend welche Augenblicksbetrachtungen, uns für die kommenden Reichstagswahlen die nötige Weite des Blickes und Reinheit der Urteilsbildung zu ermöglichen. Besonders meinen Kollegen von der Universität, meinen Konfratres im Priesterstande, soweit sie von der nationalistischen Werbearbeit sich haben einfangen lassen wie der berühmte katholische Geistliche der Breisgauer Zeitung, ferner den Studenten unserer Hochschulen und dem ganzen süddeutschen Bürgertum wünschte ich den nötigen Ernst und den Eifer, dieses erschütternde Buch in den nächsten Tagen und Wochen durchzulesen. Jedenfalls erlaube ich mir, einige Lesefrüchte daraus hier mitzuteilen.

Troeltsch war niemals Zentrumsmann, ursprünglich auch kein Freund des Zentrums. Um so beachtenswerter sind die Worte wachsender Anerkennung, die das Verhalten und Wesen des Zentrums ihm abgerungen hat. Am 8. Juli 1919 schreibt er: „Das Zentrum wurde wieder Trumpf, ja es wurde zum Herrscher . . . Führende Sozialdemokraten entdecken nun, daß das Zentrum die besten staatsmännischen Köpfe der Nationalversammlung habe, daß seine Wissenschaft wenigstens universal gerichtet und ansehnlich sei, daß seine demokratischen Grundsätze unerschütterlich feststehen und an seiner Religion selber einen Halt hätten, daß das soziale Verständnis bei ihnen größer und bereitwilliger sei als bei den Demokraten. Lauter Entdeckungen, die in der Tat nicht bloße Selbstberuhigungen und Selbstbeschönigungen sind, sondern einen gewissen Grund in den Tatsachen, freilich auch eine bekannte, recht ernste Kehrseite haben." (Troeltsch meint damit den Gegensatz gegen die Religionslosigkeit der Sozialdemokratie.)

Am 25. Juli 1919: „Das Bürgertum und die Intelligenz stehen noch ohnmächtiger beiseite als am Anfang. Das Zentrum stellt den energischsten Führer der Reichspolitik (Erzberger) und kämpft für geistige Freiheit und höhere Bildung, so wie es sie versteht. Die Sozialdemokratie ist äußerlich und auch innerlich in der Zersetzung."

Am 19. Dezember 1919: „In dieser Sachlage (nachdem die bolschewistisch beginnende Revolution von der Sozialdemokratie aufgefangen und ins demokratische Fahrwasser geleitet war), gewann das Zentrum die Oberhand, stark demokratisch und dem Sozialismus geneigt, aber in den sog. Kulturfragen und in der allgemeinen Psychologie der Bevölkerung bereits eine stark restaurative Kraft. Die Ordnung und der Friede kamen."

Am 29. Februar 1920: „Ohne das Zusammenwirken dieser beiden (der sozialdemokratischen Partei und des Zentrums), allein über ihre Massen ideologisch und organisatorisch sicher verfügenden Parteien, gibt es heute überhaupt keine Ordnung und keine Regierung. Es ist unleugbar ein Verdienst des Zentrums, daß es sich der neuen Regierung angenommen hat und seine verhältnismäßig sehr gesunden, an Jahrtausenden bewährten Kräfte und Iden in den Neubildungsprozeß hineinwarf."

Am 2. Mai 1920: „Es bedarf eines konservativen Intelligenzmomentes in der Regierung, das die neuen Verfassungsverhältnisse ehrlich annimmt, aber innerhalb dieser die jedem Staate unentbehrlichen relativ konservativen Interessen vertritt. Heute ist demokratisch gleich konservativ, und ist ein richtiger, die Planwirtschaft fördernder Sozialismus staatserhaltend. Das muß, außer dem konfessionellen Zentrum, doch auch die freie Intelligenz mit allen ihren Hindersassen lernen können: das Zentrum hat die Situation verstanden, die deutsche „Bildung" nicht. Sie ist zu sehr an ihrem Klasseninteresse und an alten Schablonen und Vorurteilen hängen geblieben." —

Am 16. März 1921: „Den Sozialdemokraten und dem Zentrum hat die bürgerliche Rechtsbewegung (in den Preußenwahlen) nichts anhaben können, aber den Teil des Bürgertums und der Intellektuellen, der an dem Ausgleich mitzuarbeiten bereit war, hat sie zertrümmert. Sie macht damit das Zentrum wieder zur ausschlaggebenden Partei." ... „Der Weg selber ist klar gewiesen: Ausgleich von Arbeitertum und Bürgertum."

Am 12. September 1921 schildert Troeltsch die unheilvolle Wirkung des Erzbergermordes, die Spaltung des Volkes in zwei äußerste Gegensätze ohne Mitte. „Als wirkliches Zentrum blieb nur das katholische Zentrum übrig, das aber nach links und vor allem nach rechts große und wachsende Schwierigkeiten fand, und das bei dem heißen Kampf gegen Erzberger und Wirth von der Gefahr der Spaltung stand. Von dieser Gefahr ist bis jetzt nur der längst zu erwartende Uebertritt Martin Spahns zu den Deutschnationalen Tatsache geworden. Möglich, daß andere ihm folgen. Im übrigen dürfte die Ermordung Erzbergers das Zentrum wieder stärker geeinigt haben. Der Verlauf des Katholikentages scheint das zu beweisen. Vorerst beruht noch auf dem Zentrum wesentlich die Hoffnung einer Mittelbildung, während die demokratische Partei in diesen Sonderungen und Verhetzungen fast zerrieben und in sich selber sehr unsicher gemacht worden ist."

Prof. Dr. E. Krebs (Freiburg i. Br.;
(Fortsetzung folgt.)

*) Ernst Troeltsch, Spektatorbriefe, Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22, mit einem Geleitwort von Fr. Meinecke, hg. von H. Baron, Tübingen (Verlag von J. C. B. Mohr, Dr. Paul Siebeck) 1924.

*) Ernst Troeltsch, Spektatorbriefe, Tübingen (Mohr-Siebeck) 1924.

Der Hitler-Ludendorff-Prozeß.

Montag-Nachmittagsitzung.

In der Nachmittagssitzung wurde eine Erklärung des Justizrats Claß verlesen, daß Verträge zwischen ihm und Herrn von Kahr weder besprochen noch beschlossen worden seien und daß auch zwischen ihm, Lossow und Seisser keinerlei Bindungen stattgefunden haben und daß er auch mit dem Plan eines Reichsdirektoriums nie etwas zu tun gehabt habe.

Rechtsanwalt Holl verlas dann ein Schreiben des Kultusministers Dr. Matt, der es als „in jedem Wort frei erfunden und unwahr" erklärt, daß er am Abend des 8. November mit Kardinal Faulhaber zusammengewesen sei. Weder an diesem Abend, noch die Woche vorher sei er mit dem Kardinal beisammen gewesen. Er habe auch weder telephonisch, noch durch eine Mittelsperson mit dem Kardinal gesprochen. Rechtsanwalt Holl gab hierzu eine Erklärung, seine Informationen lauteten dahin, daß sowohl Kultusminister Dr Matt, wie der Kardinal am 8. November an einer Versammlung des Pfälzer Hilfsvereins teilgenommen haben und auf die Nachricht aus dem Bürgerbräukeller die Gesellschaft verlassen haben.

Dann ergriff das Wort

Rechtsanwalt Dr. Hemmeter

als Verteidiger des Angeklagten Pöhner. Der Angeklagte Hitler erklärte zu der Mitteilung des Justizrats Claß, es sei eine Unwahrheit, wenn Claß behaupte, daß er mit dem Plan eines Reichsdirektoriums nie etwas zu tun gehabt habe. Claß habe bereits im Sommer 1923 vorgeschlagen, sich an einem Direktorium zu beteiligen, an dessen Spitze er selbst stehen wolle. In seinem Plaidoyer für Pöhner führt Hemmeter aus, Pöhner habe sich nach dem Kriege und der Revolution vorgenommen, alles aufzubieten, um Deutschland wieder zum Aufstieg zu verhelfen. Niemals habe er sich zu Konzessionen gegenüber den Nutznießern der Revolution bereit gefunden. Ein Teil dessen, was Kahr in den Ruf eines starken Politikers und großen Mannes gebracht habe, sei das ausschließliche Verdienst Pöhners gewesen. Es stehe fest, daß das deutsche und bayerische Volk im vorigen Herbst die Segnungen der Revolution gründlich satt hatte und die Beseitigung der Weimarer Verfassung und des parlamentarischen Systems immer lauter forderte. Von dieser Volksstimmung habe sich Kahr geradezu tragen lassen, ja, er und seine Mittarbeiter hätten durch ihre Tätigkeit den Boden für die Ereignisse des 8. und 9. November gelegt. Der ganze Wirkungskreis als Generalstaatskommissar, vor allem aber die Maßnahmen der bewaffneten Macht, könnten gar keinen Zweifel darüber lassen, daß das Ziel Kahrs die Beseitigung der Reichsregierung und der Reichsverfassung auf machtpolitischem Wege war. Die Behauptung, daß man dieses Ziel nur durch einen Druck habe erreichen wollen, sei durch die Hauptverhandlung widerlegt worden. Auch Pöhner habe den Schluß ziehen müssen, daß Kahr, Lossow und Seisser entschlossen seien, die deutsche Frage in Bismarckschem Sinne zu lösen. In der zweiten Oktoberhälfte sei die Enttäuschung über die Amtstätigkeit Kahrs so groß gewesen, daß Pittinger Herrn Pöhner habe bitten lassen, sich an einer Stützungsaktion für Kahr zu beteiligen. Pöhner habe zunächst gesagt: „Dieser Lehmklotz wird nicht zu halten sein." Er sei aber dann nach schweren inneren Kämpfen zu Kahr gegangen. Der Verteidiger beschuldigt Kahr, daß er nicht nur das Ministerium Hoffmann, sondern auch das Kabinett Lerchenfeld gestürzt habe, und daß der Gedanke der Beseitigung des Kabinetts Knilling auch noch nach den Ereignissen vom 8. und 9. November mit norddeutschen Herren ernsthaft ventiliert wurde. Pöhner sei es klar gewesen, daß Kahr nur immer auf das Sprungbrett und den Anstoß von Außen wartete. Pöhner habe sich aber noch am 8. November morgens in dem Glauben befunden, daß sich an dem Entschluß Kahrs, im Sinne einer machtpolitischen Lösung nach Berlin zu marschieren, nichts geändert habe. Uebrigens habe sich Pöhner nur provisorisch bereit erklärt, die Funktion eines bayerischen Ministerpräsidenten zu übernehmen. Pöhner habe von den Ereignissen, die sich nach der Aktion im Bürgerbräukeller ergaben, vorher nichts gewußt, auch nichts von dem sogenannten Zwang auf Kahr, Lossow und Seisser. Ein Verrat und Treubruch unerhörtester Art sei durch Kahr an seinem langjährigen Weggenossen Pöhner geübt worden, ein Vorgang, der seinesgleichen nur habe in der Handlungsweise Lossows gegenüber dem deutschen Heerführer General Ludendorff. Man könne nur bedauern, daß dieser Prozeß geführt worden sei, denn es sei doch furchtbar, wenn die Führer so bloßgestellt dastehen. (Der Vorsitzende unterbricht mit der Bemerkung, daß das nicht erwiesen sei.) Der Verteidiger behauptet, daß Pöhner, dieser oberste Richter des Landes, in einem unwürdigen Gefängnis festgehalten worden sei. Er forderte, daß man Pöhner seinem Wirkungskreis zurückgebe, denn er sei einer der wenigen Führernaturen unseres Vaterlandes und sein ganzes Leben sei nichts anderes als Dienst am Staat und glühende Hingabe an das Vaterland. Der Erste Staatsanwalt bemerkte, auch er kenne Pöhner als einen Mann aus echtem Holz, der rücksichtslos seine Person für das einsetze, was er für richtig halte. Andererseits müsse ein Beamter, der sich auf die Verfassung verpflichtet habe, diese auch einhalten. Der Staatsanwalt wendet sich auch gegen die Behauptung des Verteidigers, daß Pöhner in einer unwürdigen Zelle festgehalten worden sei.

Gegen 8 Uhr abends wurde die Sitzung auf Dienstag vormittag halb 9 Uhr vertagt.

Dienstag-Vormittagssitzung.

München, 25. März. Zu Beginn der heutigen Sitzung teilte Rechtsanwalt Roder mit, daß der Gesundheitszustand Hitlers angegriffen sei, sodaß er bitte, von dessen Anwesenheit im Gerichtssaal Abstand zu nehmen. Der Vorsitzende erwidert, daß das Gericht die Anwesenheit Hitlers und auch diejenige Pöhners nicht mehr für notwendig halte. Ebenso wird der Angeklagte Kriebel für die weitere Dauer des Prozesses dispensiert. Bei dieser Gelegenheit ersucht Rechtsanwalt Roder, die Sitzungsdauer etwas abzukürzen, da die Ueberlastung für die Angeklagten zu groß sei. Der Vorsitzende antwortete mit der Frage, ob man nicht auch die Plaidoyers abkürzen könne.

Das Wort erhielt zunächst

Justizrat Schramm,

der Vertreter des Angeklagten Roehm, der erklärte, es habe über dem Prozeß von Anfang an kein glücklicher Stern geschwebt. Schon daß er überhaupt geführt wurde, sei vom öffentlichen Interesse aus aufs Tiefste zu beklagen. Die bayerische Regierung hätte prüfen müssen, ob der Prozeß aus staatspolitischen Gründen überhaupt hätte geführt werden dürfen. Aber die Kräfte hinter den Kulissen hätten nicht mit dem nötigen Versöhnungsgeist gearbeitet. Es sei tragisch, daß gerade der Mann, der am 8. November gegen den Marxismus sprach, tags darauf gegen die Männer habe schießen lassen, die bereit waren, gegen den Marxismus zu kämpfen. Die Flammenzeichen vom 9. November hätten Kahr warnen müssen, daß er auf falscher Fährte sei. Der Charakter sämtlicher Angeklagten aber erstrahle im schönsten Licht. Diese selbstlosen Männer hätten sich zudem als ehrgeizige Gesellen hinstellen lassen. Hauptmann Roehm sei an der Tat überhaupt nicht beteiligt, sodaß auch der Staatsanwalt seine Anklage auf Hochverrat in die Anklage auf Beihilfe eingeschränkt habe. Es bestehe nicht der geringste Zweifel, daß Kahr, Lossow und Seisser am 8. November abends ihr Wort im Ernst gegeben haben und ehrlich gewillt waren, sich an die Spitze des Unternehmens zu stellen. Ihre Hauptschuld liege nicht so sehr darin, daß sie ihr feierliches Wort nicht eingelöst haben, als vielmehr in dem Umstand des Wortbruchs und der Zurückweisung aller Verständigungsversuche. Wo wäre die Reichs- und Staatsautorität, wo wäre ein geeinigtes Deutsches Reich, wenn Ludendorff nicht gewesen wäre? Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß Hitler und Kahr bestrebt waren, die Schaffung einer von parlamentarischen Einflüssen freien Reichsregierung herbeizuführen. Ob man dies Diktatur oder Direktorium nenne, sei gleichgültig. Bis zum 1. November sei man auch über den Weg absolut einig gewesen. Eine Verschiedenheit sei erst nachher eingetreten. Kahr wollte eine neue Reichsregierung in Berlin ausrufen und Hitler in München. Kahr wollte zuerst die Aemter schaffen und mit geeigneten Personen besetzen und nachher erst die Tat machen. Hitler wollte zuerst die Tat vollbringen und erst nachher nach geeigneten Männern Umschau halten. Es sei durchaus falsch, daß Hitler sofort am 9. November den Marsch nach Berlin antreten wollte. Auch Hitler und Ludendorff hätten darauf rechnen dürfen, daß sofort alle vaterländischen Kreise im Norden mit der Reichswehr beigetreten wären oder wenigstens ihren süddeutschen Kameraden keinen Widerstand entgegengesetzt hätten. Der ganze Norden habe sehnsüchtig auf den Augenblick gewartet, in dem die Befreiung des Staates eintreten würde. Die neue Regierung hätte alle Kräfte so vereinigen können, daß die verantwortlichen Männer in Berlin mit einem Hinweis auf die bereitgestellten Machtmittel freiwillig die Stühle verlassen hätten. Die letzte Verschiedenheit in den beiderseitigen Plänen habe hinsichtlich des Zeitpunktes bestanden. Kahr habe noch zwei oder drei Tage warten wollen. Wenn also das, was Hitler am 8. November getan habe, strafbar sei, dann sei das bis zum 8. November Geschehene mindestens die strafbare Vorbereitung dazu. Nachdem aber deswegen keine Anklage erhoben wurde, könne auch die Tat Hitlers kein Hochverrat sein. Roehm hatte weder die Reichswehr als solche angegriffen, noch an einer entscheidenden Beratung teilgenommen, noch das Bewußtsein einer Rechtswidrigkeit gehabt, denn er habe nichts anderes gewußt, als daß der Kampfbund und die Reichswehrmacht ein und dieselbe Macht gewesen seien.

Der Vorsitzende wies eine Aeußerung Schramms, daß sich Verbrecher die deutsche Verfassung selbst gegeben hätten, zurück. Justizrat Schramm schloß seine Ausführungen: Wenn eine ganze Nation in Sumpf, Elend und Hunger zu ersticken droht, und wenn dann ein Retter im letzten Augenblick ersteht, sein Rettungswerk aber vernichtet wird, könne man dann diesen Retter als Verbrecher verfolgen, lediglich deshalb, weil sein Arm nicht stark genug war, die Widerstände zu beseitigen? Die wackeren jungen Männer, die sich mit der Wegbeförderung des Heinz-Orbis ein dauerndes Denkmal im deutschen Volke gesetzt haben, hätten sich ohne Zweifel gegen das Strafgesetz vergangen. Aber welches deutsche Gericht könnte es wagen, diese Helden wegen eines Totschlagsverbrechens zu verurteilen? Genau so liege es im vorliegenden Falle. Keiner von den Angeklagten sei für das geflossene Blut verantwortlich. Der Verteidiger schloß: Bannen Sie durch ein freisprechendes Urteil die heraufziehenden dunklen Gefahren und helfen Sie dazu mit, Deutschland das Schicksal Karthagos zu ersparen.

Es trat dann eine halbstündige Pause ein.

Dann nahm

Justizrat Dr. Bauer

für den Angeklagten Oberleutnant Pernet das Wort, um zunächst die Behauptung zu widerlegen, daß Pernet den Besuch von Infanterieschülern und Stammoffizieren bei Ludendorff am 4. November vermittelt habe. Unwahr sei auch, daß Pernet die Infanterieschüler zur Meuterei aufgefordert habe. Es seien nicht die geringsten Anhaltspunkte dafür erbracht. Auch zu General Ludendorff sei Pernet nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf ausdrückliches Ersuchen von Scheubner-Richter gegangen. Ueber die schwierigen staatsrechtlichen Fragen, wer damals Inhaber der vollziehenden Gewalt gewesen sei, habe sich Pernet ebensowenig Gedanken ge-

Das Glück der Ingrid Wendland.

Roman von Erich Friesen.

23) (Nachdruck verboten.)

Letztes großes Abschiednehmen. Die in Neapel Zurückbleibenden bestiegen ihre Boote und ruderten dem Lande zu.

Man schickte sich an, die Falltreppe heraufzuziehen.

Der Deksteward, dem Hilmars verstörtes Wesen aufgefallen war, näherte sich ihm respektvoll:

„Verzeihen Sie, mein Herr! Reisen Sie mit uns?"

Hilmar fuhr zusammen.

„Nein," erwiderte er kurz. „Ich suche jemanden."

„Dazu ist es jetzt zu spät, mein Herr. Bitte, sofort das Schiff zu verlassen! Die Ankerkette wird gleich emporgezogen."

Und hastig schob der Deksteward Hilmar zur Falltreppe.

„Schnell! Schnell!"

Der Kapitän rief es ungeduldig von der Kommandobrücke.

Nach wenig Sekunden saß Hilmar bereits unten im Boot, das mit ihm abstieß.

Als er um den Schiffsbug herumruderte, erscholl von der anderen Seite her lautes Rufen.

Ein Boot schwankte eilig heran.

Die Matrosen an Deck warteten noch ein paar Minuten mit dem Aufziehen der Falltreppe. Vielleicht verspätete Passagiere! Sie schienen Gepäck bei sich zu haben.

Auch Hilmar wurde aufmerksam. Hastig befahl er seinem Schiffer, jenem Boot zu folgen.

Er sah, wie zwei Damen aus dem Boot auf die Falltreppe stiegen. Mehrere Koffer wurden in Empfang genommen — alles in größter Eile. Dann stieß das Boot wieder ab. Die Falltreppe ging in die Höhe.

Hilmar war in fliegender Erregung. Eine innere Stimme sagte ihm, daß die eine, zierlicher und reicher Gekleidete die Gesuchte sein mußte.

„Halt! Halt!" rief er von seinem Boot aus nach der emporgezogenen Falltreppe hinauf. „Noch einen Augenblick!"

Der Matrose oben zuckte die Achseln.

Ein gellender Pfiff von der Kommandobrücke — das letzte Zeichen zur Abfahrt.

„Halt! Halt!" brüllte Hilmar in seinem Boot, wie ein Wahnsinniger gestikulierend, indes der Schiffskoloß sich langsam in Bewegung setzte.

An Deck wurde man aufmerksam.

Eine Masse von Köpfen beugte sich über die Relina.

Auch ein dunkler Frauenkopf mit olivenbraunem Teint und brennenden, schwarzen Augen.

Hilmar meinte, sein Herz stünde still.

„Sie war es! Zoe d'Anvers, seine totgeglaubte erste Gattin!

8.

Glühender Sonnenbrand sengte hernieder auf die weißen Häuser Algiers, auf die hochgetürmten Kuppeln und Minaretts der zahllosen Moscheen, auf die langgestreckte, europäisch anmutende Quaipromenade mit ihren vornehmen Palästen und eleganten Hotels, auf die vielen winkeligen Gassen und Gäßchen mit ihren verschwiegenen Haremsfenstern — auf diesen ganzen, echt orientalischen Wirrwarr, dem trotzdem ein Hauch französischer Eleganz anhaftete.

Soeben war der italienische Dampfer „Ré Umberto" aus Neapel eingetroffen und hatte neben dem vor einigen Tagen eingelaufenen „Bayern" Anker geworfen.

Hastig drängten die Passagiere über die Landungsbrücke. Unter ihnen auch Dr. Hilmar Holger.

Als die „Bayern" im Hafen von Neapel seinen Blicken entschwunden war, hatte er sich unverzüglich nach der nächsten Fahrgelegenheit nach Algier erkundigt und dann sofort einen Platz auf dem „Ré Umberto" belegt.

Die sonst so angenehme Seereise war für ihn eine Qual gewesen. Er mied alle Mitpassagiere. Nur ein Gedanke beherrschte ihn:

Jenes Weib, das tot war und — jetzt plötzlich wieder auftauchte.

Seit Jahren war er nicht in Algier gewesen. Nicht seit jenem Tage, da er der Nähe dieses furchtbaren Weibes entfloh. Aber er kannte noch jede Straße. Mit finsteren Augen blickte er um sich. Dort die niedrigen Kaufgewölbe, in denen, umgeben von ihren Frauen, die dicken, graubärtigen Händler koranlesend, mit untergeschlagenen Beinen hockten — die kleinen türkischen Cafés, vor denen Einheimische und Fremde, dicktunkigen Mokka schlürfend und ihre Nargileh, die orientalische Wasserpfeife, rauchend, auf niedrigen Stühlen sich räkelten — er kannte es alles von damals her. Von jener Zeit her, die ihm in seiner unverantwortlichen Jugendverblendung sein Unglück gebracht hatte.

Rasch eilte er dahin — durch Straßen und Gäßchen, vorbei an Löchern und Spelunken jeder Art, aus denen unheimliches Geheul hervordrang; vorbei an schmutzigen Hundeknäueln, an einem Gewirr von Eseln, Pferden, Kamelen und Menschen, die alle zusammen einen ohrenbetäubenden Lärm vollführten; vorbei an verschwiegenen Haremsfenstern, hinter denen manch glutvoller Blick seiner elastischen, kräftigen Gestalt folgte.

Endlich hatte er das arabische Viertel hinter sich. Er bog in eine Villenstraße von mehr europäischem Gepräge ein. Und stand bald vor einem kakteenumwachsenen Landhaus.

Noch zögerte sein Fuß, die Schwelle zu betreten. Würde die nächste Stunde über sein Schicksal entscheiden?

Dann, mit raschem Entschluß, vorwärts!

Er zog die Glocke an dem gußeisernen Tor.

Ein junger Mulatte in der malerischen bunten Landestracht eilte auf leisen Sohlen herbei und erkundigte sich nach dem Begehr des Fremden, sich der französischen Sprache bedienend.

Hilmar gab seinem Körper einen Ruck.

„Ich wünsche deine Herrin zu sprechen," befahl er kurz.

„Meine Gebieterin ist nicht allein, Monsieur. Sie hat Gäste —"

„Das stört mich nicht."

„Sie wird Monsieur nicht empfangen —"

„Das wird sich finden. Melde mich!"

„Monsieurs Name?"

„Tut nichts zur Sache. Sage nur, es sei dringend! Geh!"

Hilmars Ton war so befehlend — der Mulatte knickte zusammen und bedeutete dem fremden Monsieur, ihm zu folgen. Dann verschwand er mit über der Brust gekreuzten Armen.

Hilmar durchschritt den marmorgetäfelten Hof, an dessen hohen Mauern blutrote Granaten aus dunklem Laub erglühten; durchschritt die prachtstrotzende Halle mit ihren hohen Säulen und luftigen Bogen und trat ein in den Empfangssalon.

Betäubender Lavendelduft hauchte ihm entgegen.

Er fuhr sich über die Stirn.

Ach, er kannte diesen berauschenden Duft nur zu gut! Kannte den ganzen raffinierten Luxus ringsum! Es war noch alles wie damals, als er eine kurze Zeit des Sinnenrausches in diesen üppigen Räumen genossen hatte. Eines wahnwitzigen Rausches, dem gar bald qualvolle Ernüchterung und bittere Selbstvorwürfe gefolgt waren.

O jene unglückselige Episode seines Lebens! Verwünscht sei sie! Dreimal verwünscht!!

(Fortsetzung folgt.)

—(*)—

Nr. 81
Druckarbeiten
jeder Art liefert rasch und billigst
Buchdruckerei BADENIA
Karlsruhe, Adlerstr. 42
g
cher.
cht mehr
hte Bruyere-
k. —.55
1.35
2.60
mos"
338.
er
zerthaus.
abends 8 Uhr
bend
des Bad. Landes-
n u. Jugendpflege
Bad. Lichtspielen
Professor Heinrich Kaspar
eitung: Obermusikmeister
urnvereins 1846, Leitung:
ser.
tscher Volksruf
nnerchor . . . J. Reiter
eemarsch IX.
chenreigen
ilied Männer-beard v.d.
rmarsch/ chöre Schumann
n- und Sportfilm
badischer Marsch
e und Schüler halbe Preise.
ller u. Sporthaus Freundlich.
uher!
vielfach als Abschied
n! Nein! Ich bleibe
ch am Freitag, den
ldstrasse
on als My Boy kennen
n neuesten Film
skind".
Coogan.
trumswähler.
r Wegweiser für alle
insbesondere für die
Ortsvorsitzenden zur
fentlichen Werbearbeit.
halt: 1. Das Zentrum
sche Reich im Innern.
en Katholiken und ihre
retung. 3. Ludendorffs
n den Vatikan, die Ka-
das Zentrum. 4. Das
der gewerbliche Mittel-
Zentrum und der Acht-
Das badische Zentrum
schaft. 7. Der badische
Unsere Frauenorgani-
ktisches und Praktisches
10. Politisches Allerlei.
für Verlag u. Druckerei
Karlsruhe, Adlerstr. 42
Inserenten!

macht, wie viele Tausende, die dem Unternehmen Hitlers zugejubelt haben. Der Verteidiger bittet darauf um Freisprechung des Oberleutnant Pernet, der nur aus den edelsten Motiven gehandelt habe und den nur reinste Liebe zum Vaterland geleitet habe.

Um 12¼ Uhr wurde die Sitzung bis nachmittags 3 Uhr vertagt.

*

Strafantrag gegen Kahr.

Frankfurt a. M. Der Republikanische Reichsbund hat bei der Münchener Staatsanwaltschaft gegen Kahr, Seisser, Lossow, den bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling und seinen Minister des Innern Schweyer wegen Verbrechens gegen § 346 des Strafgesetzbuchs Strafantrag gestellt.

—(*)—

Aus dem sozialen Leben.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Im Laufe der letzten Berichtswoche haben die bereits in der letzten Woche verzeichneten Besserungserscheinungen auf fast allen Marktgebieten weitere Fortschritte gemacht. Insbesondere in der Mannheimer chemischen Industrie ist die Geschäfts- und Arbeitslage günstig. Weniger günstig dagegen liegen die Verhältnisse in der südbadischen chemischen Industrie. Hier werden noch Arbeiterentlassungen in großem Umfange vorgenommen.

—(*)—

Gerichtssaal.

Dummheit und Fälschung.

Karlsruhe, 24. März. Mit einem Fälschungsprozeß, wie er wohl einzig dastehen dürfte, hatte sich die erste Strafkammer zu befassen. Unter der Anklage der Urkundenfälschung und des Betrugs stand die Ehefrau eines Hofmusikers vor dem Gericht. Der Ehemann der Angeklagten hatte im Jahre 1911 wegen einer Nervenerkrankung seine Stelle in dem damaligen Hoforchester hier aufgeben müssen. Die Familie kam in bedrängte Verhältnisse und die Angeklagte suchte durch schwindelhafte Operationen sich und die Ihrigen über Wasser zu halten. Sie nahm auf eine angeblich aus Amerika zu erwartende große Erbschaft Darlehen im Betrag von vielen Tausend Mark auf. Die Erbschaft, die aus zwei Goldgruben und anderen Besitztümern in Amerika und in Deutschland sich zusammensetzen sollte, bestand nur in der Phantasie der Angeklagten, die trotzdem den Mut aufgebracht hatte, diese angebliche Erbschaft notariell festlegen zu lassen.

Das Tollste leistete sich aber die Angeklagte durch die Fälschung von Briefen bekannter deutscher Fürsten und Heerführer. Sie war mit einer anderen Hofmusikerfamilie in Karlsruhe eng befreundet, die ihr auch jederzeit bereitwillig aus Geldnöten und Lebenssorgen geholfen hatte und die sie nun in der allerübelsten Weise beschwindelte. Frau M. erklärte ihren Freunden, sie stehe mit einer Reihe deutscher Fürstlichkeiten, mit deutschen Heerführern und mit dem Papst sehr gut, und wenn ihre Freunde zu irgend welchen Stiftungen Gelder hergeben würden, so bekämen sie dafür die Dankschreiben der hochgestellten Persönlichkeiten. Die mit der Angeklagten befreundete Familie ließ sich tatsächlich beschwatzen und gab in den Kriegsjahren, vor allem aber im Jahre 1918 fortgesetzt Beträge an die Angeklagte, die von dieser dann angeblich weiter geleitet wurden. Die Dankschreiben des ehemaligen Kaisers Wilhelm, der Kaiserin Augusta Viktoria, des Kronprinzen Rupprecht von Bayern, des Königs von Sachsen, des Papstes, Hindenburgs, Mackensens und anderer mehr liefen nun sehr prompt ein. Von Hindenburg hatte die Angeklagte über 400 Briefe „besorgt". Die mit diesen Briefen bedachte Familie war von dem Schwindel derart eingenommen, daß sie darauf antwortete und sich für die Briefe bei den angeblichen Absendern bedankte. Die Verlesung eines Teiles dieser Briefe wie der Antworten löste im Gerichtssaal eine Heiterkeit aus, der sich die Richter kaum selbst zu entziehen vermochten. Die Heiterkeit wurde verstärkt, als es sich herausstellte, daß z. B. Kaiser Wilhelm, die Kaiserin Augusta und Hindenburg die Angeklagte sowohl wie den eigentlichen Briefempfänger mit Du anredeten und alle möglichen Familienkleinigkeiten erörtert wurden. Bei Hindenburg war es schließlich üblich, daß er die Angeklagte mit „Liebe Herzensmarie" anredete. Die Zweifel, die der mit der Angeklagten befreundeten Familie an der Echtheit der Briefe kamen, wurden von der Angeklagten jeweils in geschickter Weise zerstreut.

Die Angeklagte war vollkommen geständig. Sie erklärte, daß sie nur aus Not und nicht aus Eigennutz gehandelt habe. Mehrfach habe sie die Absicht gehabt, den von ihr betrogenen Freunden die Wahrheit zu sagen, aber sie habe das doch nie über sich gebracht. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

27. Vollversammlung der Landwirtschaftskammer.

Am letzten Dienstag trat die 27. Vollversammlung der Landwirtschaftskammer im Sitzungssaale des Bad. Landtags zusammen. Der Vorsitzende, Herr Landtagsabg. Gebhard, eröffnete um ¾10 Uhr die Tagung und begrüßte die Anwesenden, besonders die Regierungsvertreter; der Herr Staatspräsident ließ sich wegen dienstlicher Abhaltung entschuldigen. Nach einem Rückblick auf die Totenliste des vergangenen Jahres wurde in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten. Nach Erledigung einiger Wahlen, anstelle des verstorbenen Herrn Bürgermeisters Graf-Duchtlingen wurde Freiherr von Stotzingen, Steißlingen, und Herr Bürgermeister Weißhaupt-Meßkirch als stellvertretendes Vorstandsmitglied gewählt. Als Ersatz für den ausscheidenden Herrn Gutsbesitzer Wachs-Winklerhof wurde Herr Gutsdirektor Schöneberger gewählt.

Direktor Dr. Müller erstattet dann den Bericht über die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer im Jahre 1923. Eine genaue Aufstellung des Budgets war infolge der Inflation nicht möglich, erst mit der Einführung der Goldrechnung im November vorigen Jahres wurde dies besser. Ersparnisse mußten gemacht werden; 70 Prozent der Angestellten und Beamten wurden entlassen. Der Hauptteil der Arbeiten der Landwirtschaftskammer war auf den Schutz der landwirtschaftlichen Interessen und Förderung der Landwirtschaft gerichtet. Es gelang, Steuermilderungen durchzusetzen. Kurz ist hinzuweisen auf die volkswirtschaftlichen Unternehmungen (Versicherungen). Die Umstellung auf die Goldbasis hat ein gutes Ergebnis für die Entwicklung der Haftpflichtversicherung gehabt. Die Landwirtschaftskammer besitzt kein Zeitungsorgan mehr, die Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Zeitschriften hat sich zerschlagen. Die Futterberatung hat besonders mit Rücksicht auf die Milchversorgung an Bedeutung gewonnen. Besondere Aufmerksamkeit schenkt die Landwirtschaftskammer der Schweinezucht durch Anlegung von Zuchtstationen. Auch die Schafzucht gewinnt an Interesse. Einer guten Entwicklung geht der Geflügelhof entgegen. Das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit legt die Landwirtschaftskammer auf die Pflege und Züchtung der landwirtschaftlichen Pflanzen und des Saatgutes. Gut entwickelt hat sich die Wirtschaftsberatung. Große anerkannte Erfolge sind bei der Maiszüchtung gemacht worden. Die Landeskulturabteilung ist in guter Entwicklung begriffen. Die Versuchs- und Lehrgüter stehen auch in der landwirtschaftlichen Krise drin. In Karlshausen, in der Nähe von Breiten, hat die Landwirtschaftskammer ein neues Gut erworben. Die Weinversteigerungen haben ein gutes Ergebnis gezeitigt. Eine neue Einrichtung ist die Steuerberatung. Der Berichterstatter wünscht, daß die Arbeit der Landwirtschaftskammer zum Segen der Landwirtschaft gereiche.

Zur Diskussion über den Tätigkeitsbericht meldet sich zuerst Herr Ratschreiber Lebert zum Wort. Er bittet um Aufschluß über die Beschuldigungen, die über das Geschäftsgebaren der Landwirtschaftskammer verbreitet wurden.

Bürgermeister Weißhaupt-Meßkirch spricht von der großen steuerlichen Belastung der Landwirtschaft. Mit dem jetzigen Zustand, Nichtbestehen eines Organs der Landwirtschaftskammer, muß man sich abfinden. Die Landwirtschaftskammer hat in finanzieller Hinsicht gut gearbeitet. Es muß versucht werden, alle Gegensätze zwischen Landtag und Landwirtschaftskammer zu beseitigen.

Berichterstatter über die Aufstellung des Voranschlags für 1924/25 ist wieder der geschäftsführende Direktor Dr. Müller. Als Staatszuschuß wird die Hälfte des Betrags des früheren Regierungszuschusses angenommen. Der Umlagefuß der Landwirtschaftskammer beträgt 10 Pfg. für 1000 Mk. Vermögen. Für Erhöhung der Gehälter ist ein Betrag eingesetzt. Die Gesamteinnahme beträgt 480 000 Mk. Ein Antrag liegt vor, dem Voranschlag zuzustimmen. Ein weiterer Antrag, Erhöhung der Umlage um 2 Pfg., liegt vor. Ein weiterer Antrag will die Ermöglichung der Aufnahme von Anleihen bis zu einem Höchstbetrag von 500 000 Goldmark.

Dr. Graf Douglas begründet seinen Antrag, Erhöhung der Umlage. Die im Voranschlag eingesetzten Summen genügen nicht zum Ausbau des Gutes Rastatt. Die Erhöhung der Umlage von 10 auf 12 Pfg. trifft die Mitglieder nicht so schwer und würde dem obigen Zweck genügen. Der Vorsitzende unterstützt den Antrag.

Generaldirektor Dr. Aengenheister vom Bad. Bauernverein findet eine Erhöhung der Umlage unangenehm. Er ist der Ansicht, daß die Neubauten auf mehrere Jahre verteilt werden sollen. Stimmt gegen die Erhöhung der Umlage.

Herr Staatsrat Weißhaupt kann sich dem Antrag nicht anschließen, 1. weil der Antrag nicht den geschäftsmäßigen Weg ging und 2. weil die übrigen Steuerlasten der Landwirtschaft sehr hart sind.

Der Vorsitzende erklärt sich als Gegner der Schuldenwirtschaft. Er begründet dann seinen Antrag, Aufnahme von Anleihen ohne Befragung der Vollversammlung.

Der Antrag des Vorstandes, eine Umlage von 10 Pfg. zu erheben, wird einstimmig angenommen.

Herr Dr. Mattes bringt einen Antrag ein, den Betrag für Anleihen auf 250 000 Mk. zu erniedrigen.

Der Antrag Dr. Mattes wird einstimmig angenommen. Der Antrag Dr. Graf Douglas, Erhöhung der Umlage auf 12 Pfg., wird gegen 14 Stimmen angenommen.

Ueber die Aenderung der Wahlordnung berichtet Herr Landtagsabg. Dr. Mattes. Der Punkt wird ohne Debatte angenommen.

Die Sitzung wird auf 3 Uhr nachmittags vertagt. Schluß ¾1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Um ¼4 Uhr eröffnet der Vorsitzende die Tagung, der in Anbetracht der Wichtigkeit der zu behandelnden Punkte der Minister des Innern beiwohnt.

Ueber die Uebertragung der gesamten Landwirtschaftspflege an die Landwirtschaftskammer berichtet Freiherr von und zu Mentzingen-Menzingen. Nach längeren Ausführungen, in denen der Berichterstatter von der Wirtschaftsverfassung des Mittelalters seinen Ausgang nimmt und dann einiges aus der Geschichte der badischen Landwirtschaftskammer in die Erinnerung zurückruft, geht der Redner zur Begründung des Punktes 5 der Tagesordnung über: Uebertragung der gesamten Landwirtschaftspflege an die Landwirtschaftskammer. In vielen deutschen Ländern ist dies schon seit längerem der Fall. Diese Einrichtung entspricht dem in der Demokratie geltenden Grundsatz der Selbstverwaltung. Die staatlichen Beamten sind Gegner der Uebertragung der Landwirtschaftspflege an den Staat, weil sie für ihre Anstellung fürchten. Diese Bedenken sind aber nicht stichhaltig. Die Polizei soll beim Staate bleiben. Sämtliche Organisationen haben sich im Prinzip zu diesem Punkt der Tagesordnung zustimmend geäußert. Der Redner verliest einen Antrag, nach dem der Vorstand darauf dringen soll, daß die Landwirtschaftspflege an die Landwirtschaftskammer kommen soll.

Zur Einführung der Milchleistungsprüfung erstattet Dr. Graf Douglas den Bericht. Die Milchleistungsprüfung ist eine der wichtigsten Frage der Landwirtschaft, aber auch die komplizierteste. Sie muß aber gelöst werden. Durch versuchsweise eingeführte Milchleistungsprüfung würde deren Bedeutung klar. Die Landwirtschaftskammer müsse diesen Fragenkomplex in Angriff nehmen. Die Kontrollassistenten müssen aber richtig und gut durchgebildet werden. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer hofft, daß der Staat ihm diese Aufgabe überträgt. Zwang soll auf die Landwirtschaftskammer nicht ausgeübt werden. Das Ministerium des Innern hat aber den Wunsch der Landwirtschaftskammer verneinend beantwortet. Auch zu diesem Punkt liest der Berichterstatter einen Antrag vor, nach dem die Vollversammlung erwartet, daß die Regierung dem Wunsche der Landwirtschaftskammer trotz der vorherigen Ablehnung Rechnung trägt.

Innenminister Remmele legt den Standpunkt der Regierung über die von den beiden Referenten angeschnittenen Fragen dar. Die Frage der Uebertragung der gesamten Landwirtschaftspflege an die Landwirtschaftskammer darf nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Selbstverwaltung angesehen werden, sondern auch unter dem des Staatsinteresses. Augenblicklich ist es ein Fehler, auf die Forderung der Landwirtschaftskammer einzugehen. Zur Frage der Einführung der Milchleistungsprüfung übergehend, wies der Herr Minister auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus unseren kleinbäuerlichen Verhältnissen ergeben. Die Idee der Einführung der Milchleistungsprüfung ist zweifelsohne ein wichtiger Faktor für die geistige und landwirtschaftliche Arbeit. Für die Regierung aber sind die beiden Fragen, Uebertragung der Landwirtschaftspflege und Milchlieferungsprüfung, nicht zu trennen. Zuerst muß der Landtag sich zur ersten Frage äußern, dann wird auch die zweite Frage behandelt werden. Vorerst kann die Regierung keine Konzessionen gewähren. Minister Remmele weist den Vorwurf des Vorsitzenden zurück, als ob er der Landwirtschaftskammer die Befähigung für die Uebernahme der ganzen Landwirtschaftspflege abgesprochen habe.

Herr Lackert beklagt sich über die schlechte Behandlung der Bauern.

Staatsrat Weißhaupt warnt davor, die Polemik des Vorredners fortzusetzen. Die Landwirte haben auch ein Wort bei der Milchleistungsprüfung mitzusprechen. Redner ist der Meinung, daß die Milchfrage besser gefahren wäre, wenn die Presseerörterungen unterblieben wären. In Pferdezuchtkreisen im Oberland ist man nicht dafür, daß die Landw.-Kammer die Zuchtangelegenheit übernimmt. Die Frage ist nicht spruchreif; darum ist der Redner der Meinung, daß die von den beiden Berichterstattern gestellten Anträge zurückgestellt werden sollen. Der Redner stellt sich auf den Standpunkt des Ministers in Bezug auf die Milchleistungsprüfung. Wo Zuchtgenossenschaften sind, soll diesen die Kontrolltätigkeit übergeben werden, wo dies nicht der Fall ist, die Prüfung aber gewünscht wird, möge man Kontrollvereine einführen.

Gutsbesitzer Wachs wendet sich gegen die Ausführungen des Ministers und befürwortet die Anträge.

Herr Firneisen: Nur im Benehmen mit der Regierung darf die Landwirtschaftskammer vorgehen. Es muß ein Einverständnis zwischen den beiden ermöglicht werden.

Nach der Richtigstellung einer Behauptung des Vorsitzenden plädiert Baron v. Stotzingen für Vermittlungsanträge. Ein wesentlicher Abbau der Staatsverwaltung kann nur durch Abgabe von Pflichten erreicht werden; z. B. landwirtschaftliche Aufgaben an die Landwirtschaftskammer. Obwohl seit langem Anhänger des Gedankens, die gesamte Landwirtschaftspflege der Landwirtschaftskammer zu überlassen hält er doch den Zeitpunkt für ungeeignet. Deshalb beantragt er, in den Antrag des Frhrn. von und zu Mentzingen-Menzingen den Passus: „in geeigneter Zeit" einzufügen. Der zweite Antrag, der über die Milchleistungsprüfung, soll nicht an die Regierung gerichtet werden, da diese sich ablehnend geäußert hat, sondern an die Viehhalter, da ja die Errichtung von freiwilligen Kontrollvereinen vom Staat erlaubt ist.

Verbandsdirektor Schön dagegen stimmt den Originalfassungen der Anträge zu.

Minister Remmele bezeichnet die Meinung, als ob die Kontrollvereine für die Unterhaltung der Oekonomieräte usw. dienen sollen, als Ente.

Die Debatte wird immer uferloser, Bürgermeister Weißhaupt, Oberregierungsrat Fehsenmeyer und Dr. Mattes sprechen für und wider die Punkte. Schließlich greift noch Direktor Dr. Müller in die Diskussion ein und spricht zur Milchversorgung.

Nach Bemerkungen von Bürgermeister Bärmann wendet sich Minister Remmele gegen die Ausführungen Direktors Dr. Müller.

Hier wird die Debatte abgebrochen und zur Erledigung des Punktes 7: Stellungnahme zu der Steuerbelastung der Landwirtschaf geschritten, da die Zeit des Berichterstatters Landtagsabg. Dr. Mattes begrenzt ist. Zinslose Stundung der Rentenbankzinse muß verlangt werden. Die Rentenbank bedeutet eine dreifache Belastung für die Landwirtschaft. Der Zins für die Rentenmarkkredite ist zu hoch. Es muß gefordert werden, daß man Rücksicht auf die Eigenart der Landwirtschaft nimmt.

Die vorhin abgebrochene Debatte wird fortgesetzt und gegen 7 Uhr auf Mittwoch morgen vertagt.

Frankiert mit den
Wohlfahrts-Briefmarken
für die
„Deutsche Nothilfe"

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Wetterbericht vom Dienstag.

In dem Tiefdruckgebiet über West- und Mitteleuropa hat sich ein ausgedehntes Regengebiet entwickelt, in dessen Bereich in Süddeutschland trübes Wetter mit Niederschlägen herrscht. Ueber den britischen Inseln und Skandinavien dringen wieder kalte polare Luftströme vor, die das Tiefdruckgebiet südwärts drängen, sodaß bei meist trübem regnerischem Wetter wieder langsame Temperaturabnahme zu erwarten ist. — Ein neuer Kälterückfall ist für die nächsten Tage wahrscheinlich.

Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch, den 26. März:

Meist trüb und regnerisch, Temperatur wieder sinkend, westliche Winde.

Wasserstände des Rheins.

Schusterinsel 1,78, Kehl 2,56, Maxau 4,13, Mannheim 3,28 Meter.

E. Büchle Inh. **W. Bertsch**
Kunsthandlung u. Rahmenfabrik Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 128 zwischen Wald- u. Karlstr.
Wandbilderschmuck, Bilder-Einrahmungen.

Wybert gegen **Husten**

Bücherschau.

Alle hier besprochenen Bücher können durch die Sortimentsabteilung der Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe, Adlerstraße 42, bezogen werden.

Die Wandlungen des großdeutschen Gedankens. Rede zur Reichsgründungsfeier der Universität Heidelberg, 18. Januar 1924. Von Professor Dr. Willy Andreas. (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.)

Mit dem geschulten, auf weite Perspektiven eingestellten Blick des Geschichtsforschers, mit dem starken Empfinden des Patrioten tritt der Heidelberger Historiker an Begriff und Geschichte des „großdeutschen Gedankens" heran, den er von seinem ersten bestimmten Auftauchen im parlamentarisch-politischen Ringen der Jahre 1848/49 bis in die unmittelbare Gegenwart verfolgt. Er zeigt, daß die Frage, ob und wie es möglich sein wird, Deutschösterreich nicht nur national, sondern auch politisch unlöslich mit dem Deutschen Reiche zu verbinden, zu den Grundproblemen unseres staatlichen Daseins gehört; und gegenüber all den tragischen Hemmungen und Rückschlägen, an denen die Verwirklichung eines wahren „Großdeutschland" bisher scheitern mußte, mahnt er uns in starker Beredsamkeit, an der wiedergeborenen großdeutschen Idee festzuhalten für den Tag, der dem deutschen Volk die Freiheit des eigenen Handelns und wahrer Selbstbestimmung wiedergibt.

Anton de Waal, Katakombenbilder. Drei Erzählungen aus den ersten Jahrhunderten der römischen Kirche. Mit zahlreichen Textbildern. 5. Auflage. Verlag Josef Kösel und Friedrich Pustet K.-G., Verlagsabteilung Regensburg.

Anton de Waal, einer der bedeutendsten Katakombenforscher, hat seinen tiefen, durch jahrlange Studien erworbenen Kenntnissen den Stoff zu den vorliegenden Erzählungen entnommen. Sie umfassen in ihrer chronologischen Reihenfolge die Zeit von Nero bis Diokletian, eine Zeit voll tyrannischer Verbrechen und furchtbarer Qualen, wie sie einzigartig in der Weltgeschichte dastehen. In packenden Bildern, imposant in ihren Ausmaßen, erschütternd in ihrer erhabenen Tragik, läßt der Autor jene vergangene, fast zwei Jahrtausende zurückliegende Epoche vor uns aufstehen. Die fesselnden, wechselnden Geschehnisse, in denen sich zarteste und krasseste Farben harmonisch zusammenschließen, gewinnen durch ihren kulturhistorischen Wert noch eine tiefere Bedeutung. Außerdem tragen zur größeren Anschaulichkeit zahlreiche Illustrationen bei, die zum Teil alte Skulpturen, Bilder und Inschriften wiedergeben. Somit wird das Werk, das soeben in neuer, schön ausgestatteter Auflage erschien, alten und jungen Menschen ein guter Freund werden.

Jesu letzter Wille. Stiftung und Stellung der katholischen Heidenmission. Von Pater Hermann Fischer S. V. D. 37. Tausend. Neue, reich illustrierte Bearbeitung. 224 S. Kart. 2 Mk., Halbleinwandband 3 Mk. Verlag Missionsdruckerei in Kaldenkirchen, Rhl.

Mission ist Familiensache des katholischen Volkes auf der ganzen Welt — das redet eindringlich und anschaulich dieses reich illustrierte Büchlein in sechs Sprachen, in die es bereits übersetzt wurde.

Mehr Priester für das Heil der Welt. Ein Aufruf zur Mehrung und Förderung der Priesterberufe für Heimat und Mission. Von Pater Hermann Fischer S. V. D. 157 S. Geb. 1,40 Mk. Ebenda.

Hier verkündet derselbe Verfasser eine ebenso dringliche Quatemberbotschaft, die Förderung der Priesterberufe, und zeigt, was das katholische Priestertum der heutigen Welt zu bieten hat, wie groß der Priestermangel ist und wie ihm abgeholfen werden kann.

Missionsalbum. Von Pater Hermann Fischer S. V. D. Eine Sammlung, bestehend aus mehreren Heften, wovon zwei bis jetzt erschienen sind. 1. Heft: Die Indianermission in Paraguay. 32 S. mit ebenso vielen Bildern. Kartoniert 0,40 Mk. Ebenda.

Mit Bild und Wort wird hier die Gründung und Entwicklung der Mission in Paraguay durch die Missionare vom Göttlichen Wort geschildert und ist damit geeignet, Missionsinteresse und -Eifer zu erwecken.

Leben der heiligen Margareta Maria Alacoque aus dem Orden der Heimsuchung Mariä. Nach dem vom Kloster von Paray-le-Monial bei Gelegenheit der Heiligsprechung der Dienerin Gottes herausgegebenen Original. Vierte und fünfte Auflage. Mit einem Titelbild. 8°. (XVI u. 246 S.). Freiburg i. Br 1923, Herder. Geb. 3.30 GMk.

Ein Leben voll innerer und äußerer Leiden mußte eine schlichte Klosterfrau auf sich nehmen, um der Welt die Reichtümer des göttlichen Herzens Jesu zu erschließen. Das wird uns in diesem interessanten Büchlein so schön erzählt. Wie oft erwählt Gott das Schwache, um damit das Starke zu besiegen. Ernstdenkende Menschen werden aus dieser Biographie viel geistigen Nutzen schöpfen.

Aus dem Liliengarten der hl. Katharina von Siena. Nach der italienischen Ausgabe des Paters Innocenzo Taurisano O. Pr. bearbeitet von Johannes Mumbauer. Mit vier Bildern. 12°. (XX u. 160 S.). Freiburg i. Br. 1923, Herder Geb. 3.10 GMk.

Auch dieses Buch erzählt von einer außergewöhnlichen Frau; auch sie mußte über viele Dornen und spitzigen Steine gehen — und doch war auch sie ein auserlesenes Werk der göttlichen Vorsehung. Mittelalterliche mystische Schätze werden uns in diesem Büchlein erschlossen, Miniaturbilder aus der Siena des 14. Jahrhunderts, für die wir dem Herausgeber von Herzen dankbar sind.

Das Buch von der Nachfolge Christi von Thomas von Kempen. Uebersetzt von Bischof Joh. Mich. Sailer, neu herausgegeben von Dr. Franz Keller. Mit 56 Bildern von Joseph von Führich. 14. Auflage. 24° (XXIV u. 536 S.) Freiburg i. Br. 1923, Herder. Geb. G.M. 3.—.

Unter allen Ausgaben der Nachfolge Christi verdient ohne Zweifel diese mit der klassischen Uebersetzung von Sailer und den stimmungsvollen Bildern von Führich den Vorzug. Kein Wunder, daß bald jedes Jahr eine Neuauflage erscheint.

Die Unruhe zu Gott. Erinnerungen eines Maler-Mönches. Von Willibrord Verkade O. S. B. Mit einem Bildnis. 16.—26. Tausend. (VIII u. 248 S.) Freiburg i. Br. 1923, Herder. Geb. 5.50 Mk.

Ein Buch von Menschenwegen und Gottesführung, ein echtes und ehrliches, aufrichtiges Lebensbekenntnis einer reifen Seele; ein Weg vom Heidentum ins Heiligtum, von Holland über Paris, Italien, Dänemark nach Beuron, ein Buch aus der lebendigen Gegenwart. Kein Wunder, daß es so rasch viele Auflagen erlebt hat. Möchte es vielen ein Wegweiser sein aus der religiösen Unruhe hin zum Glück, zu Gott.

Hermine Diemer †.

Aus München, 24. März, wird uns geschrieben: Eine Tochter Badens, Hermine Diemer, die Gattin des bekannten Kunstmalers Professor Zeno Diemer, ist gestern im 65. Lebensjahre gestorben. Sie war eine Enkelin von Charlotte Birch-Pfeiffer und die Tochter von Wilhelmine von Hillern, die nach einer kurzen aber glänzenden Bühnenlaufbahn den badischen Kammerherrn und Landgerichtspräsidenten von Hillern geheiratet hatte. Wilhelmine von Hillern lernte bei einem Besuch des Oberammergauer Passionsspieles, das ihr die Anregung zu dem berühmten Roman „Am Kreuz" gab, Oberammergau und die künstlerische Art seiner Bevölkerung so lieben, daß sie sich später dort ankaufte und das Hillernschlößchen viele Jahre bewohnte. Hermine Diemer, die ihre Jugendzeit bei den Eltern in Freiburg i. Br. verbracht hatte, fand in Oberammergau ihren künftigen Lebensgefährten, den Kunstmaler Zeno Diemer, mit dem sie sich 1887 verheiratete. Der glücklichen Ehe entsprangen eine Tochter und sechs Söhne; fünf standen im Felde, einer fiel. Hauptmann Franz Diemer machte sich durch seinen Höhenflugrekord bis zu 10 000 Metern einen Namen, Guido Diemer, der am hiesigen Staatstheater wirkt, war der prächtige Chorführer des letzten Passionsspieles. Von der Mutter hatte Hermine Diemer die schriftstellerische Begabung ererbt; zahlreiche Aufsätze — auch über Oberammergau —, Novellen, Gedichte stammten aus ihrer Feder. Frau Diemer blieb eine unverfälschte Badenserin, ein treues Mitglied des badischen Hilfsvereines, wie sie überhaupt vaterländischen und Wohlfahrtsbestrebungen gern ihre Hilfe lieh. Sie war eine geistvolle, charakterstarke, echt deutsche Frau und eine treffliche Mutter. Der Zusammenbruch des Vaterlandes trug wohl auch dazu bei, dies treue Herz zu brechen. Frau Diemer wird in Oberammergau, wo auch ihre Mutter ruht, im Diemerschen Familiengrab beigesetzt werden.